

**Westfälische Wilhelms-Universität Münster**

Zentrum für Niederlande-Studien

Sommersemester 2012

Gutachter: Prof. Dr. Friso Wielenga \ Prof. Dr. Sawitri Saharso

## **Bachelorarbeit**

Die Einwanderungspolitik in Deutschland und den Niederlanden

Julian Adolph

Public Administration

14 Fachsemester

Oberschlesier Str.45

48151 Münster

E-Mail: [Julian.adolph@gmail.com](mailto:Julian.adolph@gmail.com)

Matrikelnummer: 337869

## Inhalt

1. Einleitung und Begriffsdefinition.....	3
2. Die Entwicklung der Zuwanderungspolitik von 1945-1990 .....	6
2.1 Niederlande.....	6
2.1.1 Postkolonialer Wandel und multikulturalistische Ausrichtung als Teil der Versäulung.....	6
2.1.2 Von der Förderpolitik zur ethnischen Minderheitenpolitik.....	10
2.2 Deutschland .....	13
2.2.1 Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und das Rotationsmodell .....	13
2.2.2 Integration statt Rotation? .....	15
3. Zwischenfazit.....	18
4. Die Entwicklung der Zuwanderungspolitik von 1990-2012 .....	21
4.1 Niederlande.....	21
4.1.1 Die ethnische Minderheitenpolitik in der Kritik.....	21
4.1.2 Fördern und fordern: Von der Minderheitenpolitik zur soziökonomischen Integrationspolitik.....	23
4.1.3 „Das multikulturelle Drama“ und der Aufstieg des Pim Fortuyn .....	25
4.1.4 Der Mord an Theo Van Gogh, der Erfolg des Geert Wilders und die Verschärfung der Einwanderungspolitik .....	28
4.2 Deutschland .....	30
4.2.1 Stagnation statt Fortschritt: Die Asyldebatte.....	30
4.2.2 Die Brandanschläge von Solingen.....	33
4.2.3 Wandel der Einwanderungspolitik unter der Regierung Schröder .....	34
4.2.4 Der Erfolg des Thilo Sarrazin und die Morde der „Zwickauer Terrorzelle“ .....	38
5. Fazit .....	41
Literaturverzeichnis .....	46

## 1. Einleitung und Begriffsdefinition

„Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!“ (Der Spiegel, 2010)  
Mit diesem vielzitierten Satz erklärte Angela Merkel 2010 beim Deutschlandtag der Jungen Union das multikulturelle und damit auch das niederländische Integrationsmodell für gescheitert. Jahrelang hatten viele in Deutschland das niederländische Modell als Vorbild gesehen (Vgl. Böcker & Thränhardt, 2003). Doch auch in den Niederlanden sah man, aus Gründen die in dieser Arbeit erläutert werden, zunehmend skeptisch auf das als einst so distinguiert angesehene Integrationsmodell und mittlerweile sehen einige Niederländer sogar in der Bundesrepublik ein Vorbildmodell für eine restriktive Einwanderungspolitik (Vgl. Böcker & Thränhardt, 2003). Darüber hinaus zeigen eine Reihe von Ereignissen, wie beispielsweise der Aufstieg von Rechtspopulisten wie Geert Wilders in den Niederlanden oder Thilo Sarrazin in Deutschland, wie wichtig es ist, sich mit der Einwanderungs- und Integrationspolitik auseinander zu setzen. Auch die erschütternden Ereignisse wie z.B. der Mord an Theo van Gogh in den Niederlanden und die Ermordung von Ausländern in Deutschland durch die Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ unterstreichen dies auf traurige Weise. Diese Beispiele machen bereits deutlich, dass es zwischen beiden Ländern Parallelen gibt, die einen Vergleich interessant machen. Eine komparative Untersuchung bietet sich auch deshalb an, weil beide Staaten ähnliche wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Charakteristika haben, aber sich bei der Integrationspolitik unterscheiden, wodurch gewonnene Erkenntnisse belastbarer und übertragbarer werden (Vgl. Wilp, 2007, S. 4). Nicht zuletzt stellt aber insbesondere heutzutage die Einwanderungspolitik im Zeichen des demographischen Wandels und Fachkräftemangels auch ein wichtiges politisches Instrument da, um sozioökonomischen Herausforderungen zu begegnen und Wirtschaftswachstum zu fördern. (Vgl. Department for Work and Pensions, 2007). So schätzt z.B. eine Studie der Bertelsmann Stiftung allein die Kosten von entgangenen fiskalischen Nettoerträgen durch die Nichtintegration von Ausländern auf bis zu 7,5 Milliarden Euro ein (Vgl. Bertelsmann-Stiftung, S. 54).

In dieser Arbeit soll der Verlauf der Einwanderungspolitiken in den Niederlanden und Deutschland analysiert werden. Dazu wird zum einen in den beiden Zeiträumen von 1945-1989 und 1990-2012 dargestellt wie sich in beiden Ländern die Einwanderungspolitiken entwickelt haben und zum anderen welche Zielsetzungen dabei verfolgt wurden.

Insgesamt liegt der Schwerpunkt der Arbeit darauf, darzustellen wie sich politische Entscheidungen und Ereignisse aus dem historischen Kontext heraus auf die Einwanderungspolitik ausgewirkt haben. Damit soll vor allem die Frage beantwortet werden, inwieweit sich die Einwanderungspolitiken in beiden Ländern unterscheiden bzw. gleichen und wie sich etwaige Unterschiede erklären lassen. Weiterhin soll der Frage nachgegangen werden ob man aus dem Vergleich der beiden Länder einen bestimmten besonderen politischen Teilaspekt herausheben kann, welcher besonders relevant für die Integration zu sein scheint und welche Lehren und Anregungen sich eventuell für die Zukunft aus dem Vergleich ziehen lassen.

Im ersten Teil der Arbeit von 1945-1989 wird neben den politischen Entscheidungen und Ereignissen, auch eine kurze Übersicht über die Einwanderungsstrukturen in beiden Ländern einfließen, da diese einen wichtigen Faktor darstellen um zu verstehen wie es zu bestimmten Entwicklungen in den beiden Ländern gekommen ist. Nach einem kurzen Zwischenfazit wird dann im zweiten Teil die Entwicklung von 1989 bis 2012 beleuchtet. Diese Zweiteilung der Arbeit wurde auch deshalb gewählt weil es in den beiden Ländern ab 1990 zu einer vermehrten Debatte über die bisherige Einwanderungspolitik kam. In den Niederlanden war dies die zunehmende Kritik an der Minderheitenpolitik und in Deutschland die Asyldebatte.

Schlussendlich wird im Fazit ein Resümee gezogen und ermittelt welche Erkenntnisse man aus dem Vergleich der beiden Länder gewinnen kann. In dieser Arbeit wird naturgemäß oft der Begriff Einwanderer, Zuwanderer oder Migrant fallen. Auch wenn es sich um verschiedene Begriffe handelt, ist doch ein und dasselbe gemeint. Auf internationaler Ebene unterscheidet die UN zwischen internationalen Migranten und Langzeitmigranten (Vgl. International Organization for Migration, 1997). Diese Arbeit dreht sich in erster Linie um Langzeitmigranten. Leider ist die klare internationale Definition der UN nicht ohne weiteres auf Nationalstaaten zu übertragen, da diese zum Teil recht unterschiedlich interpretieren und erfassen was ein Migrant oder Langzeitmigrant ist (Vgl. The Migration Observatory, 2012). Dies gilt auch für die Bundesrepublik und die Niederlande. So wird in Deutschland auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit zwischen Deutschen und Ausländern differenziert während in den Niederlanden anhand der Herkunft unterschieden wird. (Vgl. Wilp, 2007, S. 97) Das heißt, wenn in dieser Arbeit über Migranten, Einwanderer oder Zuwanderer gesprochen wird, dann sind damit in den

Niederlanden die „Allochthonen“<sup>1</sup> gemeint und in Deutschland „die Ausländer“. Auch wenn in jüngster Zeit in Deutschland vermehrt der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ verwendet wird und ähnlich wie bei den „Allochthonen“ in den Niederlanden zwischen Menschen der ersten, zweiten und dritten Generation unterschieden wird, bleibt das Problem, insbesondere für frühere Zeiträume, dass die Zahlen durch die unterschiedliche Erhebung in beiden Ländern schwer zu vergleichen sind. Dies ist auch ein Grund dafür, dass in dieser Arbeit wenig mit Zahlen und Statistiken gearbeitet wird und stattdessen eher eine qualitative Analyse vorgenommen wird. Wenn Statistiken verwendet werden dann meistens als Fußnote, um bestehende Argumente oder Feststellungen zu untermauern. Im zweiten Teil dieser Arbeit wird in den letzten Kapiteln auch näher auf den Aufstieg des Populismus in beiden Ländern eingegangen. Der Begriff Populismus bezieht sich hierbei in erster Linie auf die Inhaltliche Dimension des Populismus wie Wielenga und Hartleb sie beschreiben und in diesem Zusammenhang insbesondere auf den Antiislamismus innerhalb des europäischen Rechtspopulismus (Vgl. Wielenga & Hartleb, 2011, S. 12). Weiterhin ist fest zu halten dass der Begriff der Integration schwer zu definieren ist, da es eine Vielzahl an Integrationsmodellen gibt und es oft im Auge des Betrachters liegt, ob eine Integrationspolitik als erfolgreich an zu sehen ist oder nicht. Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber, dass man zwischen dem Prozess der Integration und der Integrationspolitik als solche unterscheiden muss. So beinhaltet der Prozess der Integration eine institutionelle und eine kulturelle Dimension. Die institutionelle Integration bezieht sich dabei auf die generelle Partizipation von Emigranten im Einwanderungsland, während die kulturelle Integration oder Akkulturation sich vor allem darauf bezieht inwiefern Emigranten die Werte eines Gastlandes übernehmen und sich mit diesen identifizieren und nach Ihnen handeln. Der Prozess der Integration ist dabei ein andauernder kontinuierlicher Prozess während dagegen die Standards mit denen dieser Prozess gemessen wird oft variieren, bedingt durch die wechselnden Zielsetzungen in der Integrationspolitik (Vgl. Entzinger, 2005, S. 133). Im Kontext dieser Arbeit sollte man diesen Sachverhalt im Hinterkopf haben, wenn es um den Begriff der Integration oder Integrationspolitik geht.

---

<sup>1</sup> „Der Begriff kommt aus dem Griechischen und bedeutet „aus fremder Erde“. In den Niederlanden wurde diese Bezeichnung für dort wohnende Menschen übernommen, die im Ausland geboren sind und mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil haben (Allochthone der ersten Generation)“ (Ennigkeit, 2008, S. 47).

## 2. Die Entwicklung der Zuwanderungspolitik von 1945-1989

### 2.1 Niederlande

#### 2.1.1 Postkolonialer Wandel und multikulturalistische Ausrichtung als Teil der Versäulung

Fand noch im 18ten und 19ten Jahrhundert eine Auswanderung von den Niederlanden in die niederländischen Kolonien statt, so änderte sich dies nach dem zweiten Weltkrieg, als im Zuge des Prozesses der Entkolonialisierung zunehmend Einwanderer entgegengesetzt von niederländischen Kolonien in die Niederlande immigrierten (Vgl. Münz , 2009, S. 4). Musch spricht in diesem Zusammenhang von (post-) kolonialen Migranten, die aus sogenannten Re-migranten bestanden, die zwischen 1945 und 1962 in den Jahren der Entkolonialisierung Niederländisch-Ostindiens, des heutigen Indonesiens, in die Niederlande einwanderten (Musch , 2011, S. 62). Diese Re-migranten hatten überwiegend eine europäische oder eine euro-asiatische Herkunft, auch wenn sie die Niederlande selbst als ihr ‚Mutterland‘ oft noch nie gesehen hatten.(Vgl. Entzinger, 1992)<sup>2</sup> Eine weitere Gruppe die ebenfalls aus Indonesien zuwanderten und die hier kurz gesondert erwähnt werden soll, waren die Molukken. Diese Gruppe unterscheidet sich insofern von vielen der restlichen Einwandergruppen, da sie um 1951 eher unfreiwillig in die Niederlande kamen, (Vgl. Musch , 2011, S. 10) und von der niederländischen Regierung auch gesondert behandelt wurde.(Vgl. P.Tudyka, 2004, S. 125). Außerdem sollte diese Gruppe noch einen bedeutenden Einfluss auf die niederländische Einwanderungspolitik haben (siehe Kapitel 2.1.2). Die Molukken waren Soldaten der „Niederländisch-Indischen Armee“ (KNIL) die der niederländischen Krone loyal ergeben waren, was sie in Konflikt zur indonesischen Unabhängigkeitsbewegung brachte und dazu führte, dass die indonesische Regierung sich weigerte sie in die Republik der Südmolukken (Republic Maluku Selatan, RMS) zu überführen um dort auf Ambon demobilisiert zu werden. Die Regierung Indonesiens fürchtete, dass die Molukken die RMS im Kampf gegen Indonesien unterstützten würden. Die RMS wurde 1951 in den Wirren der indonesischen Unabhängigkeitsbewegung ausgerufen, bestand aber nur kurzzeitig, da sie schnell von indonesischen Truppen besiegt

---

<sup>2</sup> Diese eurasische Bevölkerung wurde auch als Indische Nederlanders oder Indos bezeichnet. Als Niederländer wurden sie aber nur dann anerkannt wenn sie aus einer legalen rechtlich anerkannten Beziehung stammten. War dies nicht der Fall so gehörten sie der einheimischen Bevölkerung an (van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 137).

wurde.<sup>3</sup> Aber auch nach der Auflösung der RMS weigerte sich die indonesische Regierung eine Überführung der Molukken zuzulassen, aus Angst es könnte erneut zum Konflikt kommen. Schlussendlich zwang ein Gerichtsurteil die niederländische Regierung dazu, die Molukken in den Niederlanden zu demobilisieren, womit die Emigration quasi erzwungen wurde. Darüber hinaus verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Indonesien und den Niederlanden zunehmend (Vgl. Van Amersfoort, 1982, S. 82). Trotzdem ging man in den Niederlanden 1949 nach dem Indonesien als unabhängiger Staat ausgerufen wurde, zunächst nicht davon aus, dass es zu einem totalen Exodus der niederländischen Bevölkerung kommen sollte (Vgl. van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 137). Die Beziehungen entwickelten sich aber so negativ, dass selbst Niederländer, die eigentlich in Indonesien bleiben wollten und die indonesische Staatsbürgerschaft angenommen hatten, letztlich keine andere Möglichkeit sahen, als in die Niederlande zurück zu kehren. (ebd.) Dies führte dazu, dass insgesamt schätzungsweise 250.000-300.000 Personen aus Indonesien in die Niederlande einwanderten. (Vgl. Van Amersfoort, 1982, S. 81)<sup>4</sup> Neben dieser großen Migrationsbewegung aus Indonesien kam es dazu, dass 1974-75 auch Surinam im Zuge des postkolonialen Wandels unabhängig wurde. Als es 1969 in Curacao zu gewalttätigen Aufständen kam, weckte dies bei den Niederländern traumatische Erinnerungen an den blutigen indonesischen Unabhängigkeitskampf und führte dazu, dass Surinam im Gegensatz zu Indonesien regelrecht in die Unabhängigkeit gedrängt wurde. Obwohl eine Mehrheit der Surinamesen ihren autonomen Status, der ihnen durch die neue Verfassung von 1954 in den Niederlanden zugesprochen wurde, wahren und Bestandteil des Königreichs bleiben wollte, erklärte das surinamesische Parlament (durch Hilfe der niederländischen Regierung) mit einer hauchdünnen Mehrheit, die nationale Unabhängigkeit. Als Folge dieser ungeliebten Unabhängigkeit wanderten über 180.000 Menschen von 1970 bis zur Einführung der Visumpflicht in die Niederlande aus (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 40-41). Neben dieser Gruppe aus Emigranten als Folge der Dekolonisation gibt es noch eine zweite große Gruppe die aus Arbeitsmigranten bestand. Im Gegensatz zu Deutschland setzte diese Anwerbung von Arbeitsmigranten etwas später ein (und ist daher von der Struktur her südlicher geprägt<sup>5</sup>), wobei sich die

---

<sup>3</sup> Die RMS wurde im April 1950 ausgerufen und noch im gleichen Jahr von der indonesischen Armee ausgelöscht (Wielenga, 2008, S. 325).

<sup>4</sup> Siehe auch (Lucassen & Penninx, 1997, S. 41)

<sup>5</sup> In den Niederlanden Einwanderungsstruktur der Arbeitsmigranten südlicher geprägt. Relativ wenig Migranten kamen aus Südeuropa, dafür mehr aus der Türkei und Marokko. (Entzinger, 1992, S. 70)

Literatur hier teilweise widerspricht. So sieht zum z.B. Ennigkeit 1950 als Beginn der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften in den Niederlanden (Ennigkeit , 2008, S. 41), wobei Musch hingegen von Mitte der 1960 Jahre ausgeht.(Musch , 2011, S. 62). Ennigkeit beruft sich auf Van Amersfoort der sich allerdings wiederum auch nur auf die Zahlen ab 1965 des Wissenschaftlichen Rates für Regierungspolitik (Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid) bezieht (Van Amersfoort, 1982, S. 191) und weist darauf hin, dass schon mit Beginn des ökonomischen Aufschwungs in den Niederlanden Arbeitsmigration stattfand.. Musch dagegen weißt auf Entzinger(Entzinger, 1997, S. 157-179) sowie Lucassen und Pennix hin die beide Mitte der 60er Jahre als Beginn von größerer Arbeitsmigration sehen.(Vgl. Lucassen & Penninx , 1994). Je nach Betrachtungsweise liegen beide Autoren richtig. Sicherlich wurden erste Arbeitsgenehmigungen schon früh um 1950 erteilt aber die aktive Förderung von Arbeitsmigration im großem Stil wobei der niederländische Staat mit den Herkunftsländern Verträge zur Anwerbung abschloss, fanden erst spät, Mitte der 1960er Jahre statt. Die Arbeitsmigration vor dieser Zeit wurde vor allem durch private Unternehmen betrieben, die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs unter Arbeitskräftemangel litten. (Vgl. P.Tudyka, 2004, S. 125) Genau wie in Deutschland wurde die Anwerbungspolitik offiziell mit Ausbruch der ersten Ölkrise gestoppt.

Insgesamt lässt sich somit über die Zuwanderungsstruktur in den Niederlanden nach 1945 festhalten, dass sie aus zwei großen (Haupt) Gruppen besteht. Zum einen aus Einwanderern in Folge des postkolonialen Wandels und zum anderen aus Arbeitsmigranten. Dabei sind diese Gruppen nicht als homogen an zu sehen, da sie sich von den Herkunftsländern aber auch von der Geschichte teils stark unterscheiden (wie an dem Beispiel der Molukken weiter oben schon deutlich wurde). Ab 1985 kommt zudem auch noch die Gruppe der Asylbewerber hinzu. Obwohl die Gruppen nicht homogen sind richteten die Niederlande politische Maßnahmen gruppenspezifisch und weniger individuell auf eine soziale Integration aus. So waren verschiedenen Ministerien für bestimmte Migrantengruppen zuständig. Das Ministerium für Soziale Angelegenheiten (Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid- SZW) für die sog. Gastarbeiter, das Ministerium für Kultur, Erholung und Sozialarbeit (Ministerie van Cultuur, Recreatie en Maatschappelijk Werk- CRM) für Surinamer und Molukken<sup>6</sup> und das Ministerium für Auswärtige

---

<sup>6</sup> Für die Molukken war das Ministerium erst ab 1970 zuständig. Vorher war das Commissariaat Ambonezenorg (CAZ) zuständig.



Angelegenheiten (Ministerie van Buitenlandse Zaken- BuiZa) für Asylbewerber (Vgl. Musch , 2011, S. 63). Die angestrebte soziale Integration dieser Ministerien hieß aber nicht, dass die Niederlande sich nun als Einwanderungsland betrachteten. Ganz im Gegenteil wurde die neue Einwanderungswelle in den Niederlanden als großes Problem angesehen, insbesondere vor dem Hintergrund der Folgen des zweiten Weltkriegs wie van Ammersfoort feststellt: „Der Wohnungsmangel war enorm, die Infrastruktur fast völlig zerstört, und da Deutschland in Trümmern lag, fehlte der Wirtschaft ihr natürliches Hinterland für den Export“(van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 138). Nicht zuletzt aus diesen Gründen<sup>7</sup> ermunterte die Regierung viele Menschen die Niederlande Richtung Kanada, Australien oder Neuseeland zu verlassen (ebd.).<sup>8</sup> Gegenüber den Eingewanderten verfolgte die Politik eine zweispurige Strategie (tweesporenbeleid). Zum einen war es das Ziel der Politik die Lebenssituation der Migranten im Aufnahmeland zu verbessern, zum anderen aber auch, die Kultur und Identität der verschiedenen Gruppen zu bewahren (Vgl. Musch , 2011, S. 62). Dieses Erhalten der Kultur und Identität stand ganz im Einklang mit dem niederländischen Gesellschaftsmodell der Versäulung, „...bei dem vertikale Trennlinien die niederländische Politik und Gesellschaft in eine protestantische, eine katholische, eine sozialistische und eine neutrale/liberale Säule aufteilten“(Wielenga , 2008, S. 97). Mit anderen Worten kann man sagen, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb ihrer „Säulen“ nebeneinander her lebten ohne groß miteinander in Kontakt zu treten.<sup>9</sup> Daher war es in erster Linie das bestehende niederländische Gesellschaftsmodell, welches zu einer multikulturalistischen Ausrichtung der Einwanderungspolitik führte als das politische Kalkül einer gezielten Integrationspolitik. Neben dieser zweispurigen Strategie gegenüber der Einwanderung im generellen kann man auch eine zweigeteilte Strategie gegenüber den einzelnen Einwandergruppen ausmachen. So wurden die Einwanderer aus Indonesien als „Heimkehrer“ begrüßt (Vgl. van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 136) und von der niederländischen Regierung schnell Schritte eingeleitet um diese in die Gesellschaft zu integrieren. Darunter zählte die rasche Anerkennung der niederländischen Staatsbürgerschaft, sowie die Ermöglichung einer Teilhabe an gesellschaftlichen Teilbereichen wie Wohnungsmarkt, Schulsystem und

---

<sup>7</sup> Außerdem hielt die Regierung die Niederlande generell für überbevölkert(van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 136).

<sup>8</sup> Insgesamt wanderten fast 400.000 Niederländer aus. Auch deshalb weisen die Niederlande erst ab 1961 ein positives Wanderungssaldo auf (Entzinger, 1992, S. 70).

<sup>9</sup> Wobei Lijphart feststellt, dass es durchaus zu einer „überdachten“ Zusammenarbeit zwischen den Führern der versäulten Bevölkerungsgruppen kam (Lijphart , 1968).

Arbeitsmarkt(Vgl. van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 139-140). Auch wenn die Niederlande sich nicht als Einwanderungsland betrachteten kam es somit faktisch so einer gezielten Integrationspolitik gegenüber den „Heimkehrern“ und einer Anerkennung Ihnen gegenüber als Mitbürger, wobei die Bezeichnung „Heimkehrer“ schon deutlich macht, dass zu mindestens die niederländische Politik diese Gruppe nicht unbedingt als Einwanderer betrachteten. Diese Integrationspolitik verlief überaus erfolgreich, was sicherlich nicht nur an der gezielten Politik der niederländischen Regierung lag sondern auch auf die kulturelle Nähe der Repatriierten zur niederländischen Gesellschaft sowie den beginnenden ökonomischen Aufschwung zurückzuführen ist (Vgl. van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 138).<sup>10</sup>

Anders dagegen verhielt es sich gegenüber den Molukken. Diese wurden als vorübergehende Bewohner gesehen die nach Indonesien zurückkehren würden und entsprechend isoliert behandelt. So erfolgte die Unterbringung in oft ländlich gelegenen Lagern<sup>11</sup> und sie lebten weitgehend isoliert von der niederländischen Bevölkerung. Auch die Tatsache, dass sie bei der Ankunft in den Niederlanden aus der niederländischen Armee entlassen wurden trug nicht zu einer Integration in die niederländische Gesellschaft bei. Obwohl mit jedem Jahr welches verging offensichtlicher wurde, dass es keine Repatriierungsmöglichkeiten für die Molukken geben würde hielten die Niederlande bis 1970 an dieser Politik fest.<sup>12</sup>

### **2.1.2 Von der Förderpolitik zur ethnischen Minderheitenpolitik**

Genau wie bei den Molukken ging die niederländische Regierung auch bei den Arbeitsmigranten davon aus, dass diese in ihr Heimatland zurückkehren würden. Deshalb wurden sie genau wie in Deutschland auch als „Gastarbeiter“ bezeichnet. So betonte die niederländische Regierung immer wieder die Wünschbarkeit der Rückkehr der Immigranten und führte gleichzeitig eine konsistente Förderpolitik ein um die Kultur und Identität der Einwanderer zu bewahren. Dies zum einen aus der schon im letzten Kapitel beschriebenen Versäulung der niederländischen Gesellschaft heraus, zum anderen aber auch um den Einwanderern eine spätere Rückkehr in ihre Heimatländer zu ermöglichen. Es war nicht zuletzt dieses

---

<sup>10</sup> Siehe auch (Ennigkeit, 2008, S. 60)

<sup>11</sup> Unter anderem wurden sie in dem ehemaligen Konzentrationslager Westerbok in Drenthe untergebracht.

<sup>12</sup> 1957 wurde eine Kommission eingerichtet um die Situation der Molukken zu verbessern, die 1959 erste Empfehlungen aussprach. Darunter unter anderem dem Bau von Sozialwohnungen. An der gesamten Situation änderte sich aber wenig.

„...Ungleichgewicht zwischen dem Verständnis der niederländischen Politik kein Einwanderungsland zu sein auf der einen Seite und der gleichzeitigen kontinuierlichen Migrationen in die Niederlande sowie ein sich abzeichnender dauerhafter Verbleib zugewanderter Migranten auf der anderen Seite...“ (Musch , 2011, S. 63) , dass zu Spannungen in der Gesellschaft führte. Diese Spannungen entluden sich bereits in den 1960er Jahren als es zu ersten Unruhen zwischen spanischen und italienischen Gastarbeitern und autochthonen Niederländern in der Region Twente(Vgl. Groenendijk, 1990, S. 60-70) sowie ethnischen Unruhen in den Städten Rotterdam und Schiedam kam(Vgl. Scholten, 2007, S. 98). Dass diese Unruhen keine Ausnahmeerscheinung einer ansonsten funktionierenden Gesellschaft waren drückte sich auch darin aus, dass sich fast gleichzeitig zwei neue rechtsextreme Parteien in der niederländischen Gesellschaft etablierten: Die Nationale Volksunion (Nederlandse Volks-Unie-NVU) sowie die Zentrumsparterie (Centrumpartij-CP). Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklungen reagierte die niederländische Politik zunächst noch nicht. Erst als es in den 1980er Jahren zu terroristischen Gewaltaktionen der Molukken kam<sup>13</sup>, in denen sich über die Jahre angestaute Frustration über die eigene Situation ausdrückte<sup>14</sup> sowie sich die Isolation von der niederländischen Bevölkerung und das Fehlen einer Integrationspolitik rächten<sup>15</sup>, begann die niederländische Politik um zu denken. Zunächst begann dieses Umdenken in erster Linie gegenüber den Molukken. So entschied die Regierung ihre Politik gegenüber den Molukken zu überdenken und suchte den Dialog. Dementsprechend wurde im Jahre 1976 der Mitspracheverband Inspraakorgaan Welzijn Molukkers (IWM) gegründet, dessen Verbandsfunktionäre Gespräche mit der Regierung führten und 1978 die Politik für mollukische Migranten verabschiedet sowie beim Innenministerium eine für diese Politik zuständige Abteilung eingerichtet.(Vgl. Musch , 2011, S. 64) Viel wichtiger als diese einzelnen

---

<sup>13</sup> Die Serie terroristischer Anschläge begann mit dem Überfall auf die Residenz des indonesischen Botschafters in Wassenaar. Dieser Anschlag wurde in der niederländischen Öffentlichkeit aber kaum wahrgenommen und die Täter bekamen relativ milde Urteile und wurden als irreführende Idealisten betrachtet. Innerhalb der molukkischen Gemeinschaft genoss diese Tat allerdings großes Ansehen und führe dazu dass es zu einer Reihe von weiteren Anschlägen kam. Die Anschläge auf einen Zug und eine Dorfschule im Jahr 1977 führten schließlich zur Eskalation und die niederländische Regierung setzte militärische Gewalt ein um den Aktionen ein Ende zu bereiten (Vgl. van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 146).

<sup>14</sup> Insbesondere die ältere Generation war frustriert darüber, dass das Ziel die RMS zu gründen kaum noch von der niederländischen Politik unterstützt wurde und sie von den Niederlanden aus machtlos waren an dieser Situation etwas zu ändern (Vgl. van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 145-146).

<sup>15</sup> Amersfoort weist hier zu Recht drauf hin, dass insbesondere die junge Generation mehr integriert war und oft mehr Kontakt zur niederländischen Bevölkerung hatte und daher bei weitem nicht mehr so isoliert lebten wie ihre Väter und Mütter (Vgl. van Amersfoort & van Niekerk, 2003, S. 146-148).

Maßnahmen gegenüber einer Migrantengruppe, war aber die Tatsache, dass die niederländische Regierung nun insgesamt auf Integrationsdefizite innerhalb verschiedener Migrantengruppen aufmerksam wurde, so dass Böcker und Groenendijk zu Recht feststellen, dass die Gewaltaktionen der Molukken eine Art katalysierende Wirkung auf die Entwicklung der Minderheitenpolitik hatten (Vgl. Böcker & Groenendijk, 2004, S. 322). Angestoßen durch den Abgeordneten der Partij van der Arbeid (PvdA) Henk Molleman erarbeitete dann der Wissenschaftliche Rat für Regierungspolitik (WRR) ein Gutachten über die Situation der in den Niederlanden lebenden Migranten, welches 1979 unter dem Titel „Ethnische Minderheiten“ (Etnische minderheden) veröffentlicht wurde und den Grundstein für die ethnische Minderheitenpolitik legte. Diese Politik basierte auf drei Prinzipien:

1. Die Förderung der multikulturellen Gesellschaft und der Emanzipation der Minderheitengruppen
2. Die Förderung der rechtlichen Gleichstellung
3. Die Überwindung der Deprivation durch Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage (Lutz , 2003, S. 40).

Diese Punkte machen deutlich, dass die ethnische Minderheitenpolitik keine grundsätzliche Abkehr von der Förderpolitik der vergangenen Jahre war. Nach wie vor stand eine multikulturelle Gesellschaft vor dem Hintergrund der Versäulung im Mittelpunkt und verschiedene Migrantengruppen wurden darin gefördert ihre Kultur und Sprache zu bewahren. Was sich änderte war vor allem das Bemühen Benachteiligungen bestimmter Einwandergruppen mit juristischen, kulturellen wie auch pädagogischen Maßnahmen der unterschiedlichsten Art zu bekämpfen (Vgl. Lutz , 2003, S. 42). Musch spricht in diesem Zusammenhang auch von einem „segmentierten Integrationsmodell“ und weist zudem darauf hin, dass die Minderheitenpolitik sich am Leitkonzept des materiellen Egalitarismus des niederländischen Wohlfahrtsstaats orientierte. (Vgl. Musch , 2011, S. 65) Außerdem stellen die wichtigsten ethnischen Minderheiten Beratungsgremien die staatlich gefördert wurden und die bei „...jeder sie betreffenden Maßnahme angehört werden sollten“ (Michalowski, 2005). Dies ist sicherlich ein enorm wichtiger Punkt, weil damit erstmals viele Migrantengruppen ihre Interessen direkt auf staatlicher Ebene wahrnehmen konnten. Darüber hinaus wurden, um die oben genannten Zielsetzungen zu erreichen in den folgenden Jahren verschiedene politische Maßnahmen durchgeführt wie. z.B. die Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts, die Einführung des kommunalen Wahlrechts , die Einrichtung eines nationalen Büros für

Rassismusbekämpfung (Landelijk Bureau Racismebedstrijing – LBR) sowie die Gleichstellung der unterschiedlichen Religionen.(Vgl. Wilp, 2007, S. 59). Im Mittelpunkt der Minderheitenpolitik steht damit eine institutionelle Integration während eine kulturelle Integration oder Akkulturation keine Rolle spielt, sondern eher im Gegenteil diese nicht erwünscht wird, da sich die Einwanderer ihre eigene Identität und Kultur bewahren sollten. Darüber hinaus erkannte die niederländische Regierung nun erstmals an, dass die Zuwanderung der Arbeitsmigranten wie auch der ehemaligen „Reichsbürger“ aus Surinam keinen vorübergehenden, jedoch einen permanenten Charakter hat, womit sich die Niederlande faktisch als Einwanderungsland anerkannten, auch wenn dieses Wort bewusst nicht gebraucht wurde (Vgl. Lutz , 2003, S. 41).

## **2.2 Deutschland**

### **2.2.1 Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und das Rotationsmodell**

Die Einwanderungsstruktur und Einwanderungspolitik in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg unterscheidet sich teilweise von der niederländischen, weist auf der anderen Seite aber auch viele Parallelen auf. Nach Birsl lässt sich die Einwanderung nach Deutschland in mehrere Phasen unterteilen. Die erste Phase dauerte von 1945-1961 geprägt zum einen von vielen Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten und zum anderen insbesondere nach der Teilung und Gründung der beiden deutschen Staaten sowie bis zum Bau der Mauer durch viele Ost-West Flüchtlinge. Insgesamt bestand diese „ethische Migration“ aus rund 15 Millionen Menschen (Vgl. Birsl, 2004, S. 31-33) und war genau wie bei den Vertriebenen aus Indonesien in den Niederlanden größtenteils eine politische motivierte Migration. Durch die hohe Anzahl der Flüchtlinge und die wenigen intakten Häuser im Nachkriegsdeutschland herrschte daher wie in den Niederlanden akuter Wohnungsmangel und genau wie die „Heimkehrer“ (siehe Kapitel 2.1) in den Niederlanden wurden auch die deutschen Flüchtlinge relativ schnell integriert (Vgl. Musch , 2011, S. 88)&(Thränhardt, 2009, S. 160). So wurden politische Maßnahmen wie das Soforthilfegesetz und das Lastenausgleichsgesetz implementiert, welches die Integration und Assimilation der Vertriebenen fördern sollte.<sup>16</sup>Die Dimensionen waren dabei zweifelsohne in Deutschland weitaus größer als in den Niederlanden.

---

<sup>16</sup> Wenngleich Lüttinger darauf hin weist, dass die erfolgreiche Integration erst bei den nachfolgenden Generationen der Zuwanderer in „vollem Umfang erreicht“ worden sei, weshalb er auch von einem „Mythos der schnellen Integration spricht“.(Lüttinger, 1986, S. 35)

Die zweite Phase der Einwanderung ist hauptsächlich von Arbeitsmigration geprägt, die in Deutschland früher anfängt als in den Niederlanden (aber im selben Jahr mit der ersten Ölkrise endet) und von 1955-1973 dauert. Das deutsche Wirtschaftswunder führte dazu, dass ein steigender Bedarf an billigen Arbeitskräften in der Industrie besteht. Ein erstes Abkommen zwischen der Bundesregierung und Italien wurde bereits 1955 unterzeichnet, was aber nicht in vollem Umfang durchgesetzt wurde, da gleichzeitig ein hoher Zuzug von Arbeitskräften aus der DDR stattfand. (Vgl. Birsl, 2004, S. 33) Erst mit dem Bau der Mauer änderte sich das und es wurden Abkommen mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) geschlossen. Trotz dieser Vielzahl an Abkommen erreichte die Arbeitsmigration nie die Dimensionen der ethnischen Migration. Genau wie in den Niederlanden sah auch die Bundesregierung die Arbeitsmigration als zeitlich befristetes Phänomen und wurde als temporäre Erscheinung in der deutschen Gesellschaft bzw. auf dem deutschen Arbeitsmarkt angesehen (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 50) und wie bei den Molukken und „Gastarbeitern“ in den Niederlanden ging man von einer Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimatländer aus. Wurde in den Niederlanden zwar immer wieder die Wünschbarkeit der Rückkehr der „Gastarbeiter“ betont aber politisch weder das Rotationsmodell noch eine Rückkehrprämie angestrebt<sup>17</sup>, (Vgl. Penninx, 1994, S. 105-124) sah die deutsche Politik in diesem Modell eine wirkliche Option. So wurde unter anderem argumentiert, dass bei auftretenden Wirtschaftskrisen es von Vorteil sei, wenn Gastarbeiter zurück in ihr Land könnten und die Entsendeländer von der Rückkehr eigener Staatsangehöriger in ihren Industrialisierungsbemühungen unterstützt würden. (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 50) Zudem wurde vor einer „Unterschichtung“ und „kulturellen Überfremdung“ der deutschen Bevölkerung gewarnt.<sup>18</sup> Den Versuch einer konkreten politischen Implementierung fand das Rotationsmodell zum ersten Mal in Klauseln des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens wo festgeschrieben wurde, dass die Anwerbung nur auf eine Dauer von zwei Jahren festgelegt ist und der Nachzug von Familienmitgliedern

---

<sup>17</sup> Unter anderem wurde argumentiert, „dass die ausländischen Arbeitnehmer zu der Entwicklung der niederländischen Wirtschaft so viel beigetragen haben, dass man ihnen „nicht ohne weiteres die Tür weisen“ könne.“ (Entzinger, 1992, S. 7)

<sup>18</sup> Dies nicht zuletzt auch deshalb um der ausländer skeptischen Stimmung der deutschen Bevölkerung Rechnung zu tragen.

ausgeschlossen wurde. (Vgl. Schönwälder, Karen, 2003, S. 127)<sup>19</sup> Zugleich zeigt dieses Abkommen exemplarisch wie wenig sich das Rotationsmodell mit der Realität vereinen lässt, denn schon 1964, noch bevor erste Arbeitskräfte zurückrotieren mussten, wurden diese Bestimmungen auf Druck der Arbeitgeberverbände des Arbeitsministeriums sowie des Wirtschaftsministeriums in einem revidierten Abkommen zurückgenommen. Ähnliches wiederholte sich auch bei dem Abkommen mit Portugal. So musste das Bundesinnenministerium immer wieder „... einige Abstriche von seinem harten Anti-Einwanderungskurs hinnehmen und Zugeständnisse gegenüber einem von anderen Ministerien bevorzugten pragmatischeren Kurs machen“ (Schönwälder, Karen, 2003, S. 133). Dieses eigenständige Agieren von den verschiedenen Ministerien war nicht zuletzt auch deshalb möglich, weil es „im Kabinett vor 1973 keine umfassende, grundsätzliche Diskussion über die Ausländerpolitik stattfand und es somit auch keine klaren Richtlinien gab“ (Schönwälder, Karen, 2003, S. 134). Schlussendlich scheiterte das Rotationsmodell aber auch deshalb weil es die sozialen und humanitären Aspekte völlig außer Acht ließ, die ab 1970 eine zunehmend wichtigere Rolle spielten.<sup>20</sup> Der vielzitierte Spruch von Max Frisch „Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kommen Menschen“ (Frisch, 1967, S. 100) bringt dieses Versagen sicherlich gut auf den Punkt.

## 2.2.2 Integration statt Rotation?

Das Scheitern des Rotationsmodells und das Versagen der Bundesregierung dies anzuerkennen, hieß zugleich aber nicht, dass nicht auf anderen Ebenen eine Integration stattfand. So wird in der Literatur darauf hingewiesen, dass über die Sozialverbände, die Kirchen und insbesondere die Gewerkschaften eine soziale und ökonomische Integration gefördert wurde. (Vgl. Musch, 2011, S. 76) So ist es wohl nicht zuletzt diesen nicht politischen Akteuren zu verdanken, dass trotz großer Defizite bei Bildung und Ausbildung von ‚Gastarbeitern‘ die Integration im korporatistischen System der Bundesrepublik im internationalen Vergleich vergleichsweise gut abschneidet (Vgl. Thränhardt, 2009, S. 161). Gleichzeitig weist Thränhardt aber in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese „private“

---

<sup>19</sup> Türken wurden damit im Vergleich zu Griechen, Spaniern oder Italienern diskriminiert weil diese keine Klauseln dieser Art in ihren Abwerbeabkommen stehen hatten. (Vgl. Schönwälder, Karen, 2003, S. 127)

<sup>20</sup> So löste z.B. der Versuch von Bayern und Schleswig-Holstein die Rückkehr einiger Ausländerinnen und Ausländer erzwingen zu wollen einen Sturm der Entrüstung über die „Zwangsrotation“ aus. (Vgl. Schönwälder, Karen, 2003, S. 134-135)

inoffizielle Integrationspolitik keine offizielle Integrationspolitik mit weitreichenden Rechten zur politischen Teilhabe ersetzen konnte. Die „Advokatenrolle“ wie Thränhardt sie nennt birgt immer die Gefahr, „...dass die Ausländer in der Öffentlichkeit permanent auf Unmündigkeit festgelegt werden.“ (Thränhardt, 1993, S. 17) Um es einfacher und drastischer zu sagen, waren viele Migranten durch die politische Machtlosigkeit die das Ausländergesetz für sie vorsah, dazu gezwungen zu akzeptieren, dass andere ihre Interessen bestimmten und nicht sie selbst. Mit Ausnahme der Gewerkschaften und ihren Betriebsrechten galt diese Nichtbestimmung für den ganzen politischen Raum und große Teile der Gesellschaft (ebd.). Insgesamt lässt sich somit feststellen, dass die unterschiedliche Politik gegenüber der ethischen Migration und der Arbeitsmigration, genau wie in den Niederlanden, in einer zweigeteilten Strategie gegenüber den Einwanderern mündet. Wurden Spätaussiedler, innerdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene wie weiter oben schon erwähnt verhältnismäßig schnell integriert und als ‚Deutsche‘ anerkannt, hielt man bei den ‚Gastarbeitern‘ und Asylanten an dem Glauben fest, dass diese wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden, weshalb auch nur eine partielle Integration im privaten Sektor stattfand. Dass dieser Glauben, insbesondere was die Gastarbeiter angeht, ein Trugschluss war, zeigte sich spätestens in der dritten Phase der bundesdeutschen Einwanderungspolitik die Birsl auf 1973 bis 1989/90 terminiert. (Vgl. Birsl, 2004). Hatte sich schon früh angedeutet, dass das Rotationsmodell nicht mit der Realität vereinbaren ließ, wurde dies nun offensichtlich und ließ sich nicht mehr verneinen. Auch deshalb wie schon am Ende des vorigen Kapitels erwähnt, weil sich über die Zeit die Grundvorstellungen über die Rechte von Individuen und was soziale Politik ist, geändert hatten.<sup>21</sup> Es waren nicht zuletzt diese veränderten Wertvorstellungen der Gesellschaft die dazu führten, dass die Bundesregierung von der Idee abrückte, die Arbeitsmigranten per Zwang zurück in die Heimat zu schicken (Vgl. Schönwälder, Karen, 2003, S. 135). Trotzdem traten dann durch den Ölpreisschock viele „...soziale und humanitäre Rücksichten gegenüber den ausländischen Beschäftigten in den Hintergrund,...“ (ebd. S.137). Zwar wurden Arbeitsmigranten nicht per Zwang zurück in ihre Heimat gebracht, allerdings versuchte die Bundesregierung durch einen Anwerbestopp sowie durch Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis der Zahl der ausländischen Beschäftigten zu reduzieren. Außerdem hoffte man, dass viele der Arbeitsmigranten

---

<sup>21</sup> Dies war auch ein Grund warum die Idee der Zwangsrotation in den Niederlanden von Anfang an verworfen wurde.



freiwillig zurück in ihre Heimat gehen würden. Um dies zu fördern, führte die Bundesregierung 1973 das Rückkehrhilfegesetz ein, welches ausländischen Arbeitnehmern finanzielle Anreize in Aussicht stellte, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren würden. Insgesamt wurde dieses Angebot von 150 000 Ausländern und Ausländerinnen genutzt, wobei aber kritisiert wurde, dass dies größtenteils Ausländer waren, die ohnehin vorhatten die Bundesrepublik zu verlassen (Vgl. Spiegel, 1984). Insbesondere Einwanderer aus Nicht-EG-Staaten wurden durch den Anwerbestopp vor die Entscheidung gestellt in Deutschland zu bleiben oder zurück in ihr Heimatland zu gehen. Dies hatte zur Folge dass sich viele Einwanderer nun endgültig für die Bundesrepublik als ihren Lebensmittelpunkt entschieden und ihre Familien nachkommen ließen<sup>22</sup>, womit genau das Gegenteil des Anwerbestopps erreicht wurde. Man kann daher festhalten, dass der Anwerbestopp zwei Folgen hatte: Zum einen sank die Zahl der Arbeitsemigranten aus EG Ländern und führte durch die neue gewonnene Reisefreiheit dazu, dass sich „...eine spürbare Fluktuation und Pendelbewegung zwischen Herkunftsländern und der Bundesrepublik als Zielland...“ (Birsl, 2004, S. 35) etablierte. Zum anderen wurden aber ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EU Ländern dazu gezwungen sich für ein Land zu entscheiden, wobei die Wahl häufig auf Deutschland fiel womit nun endgültig offensichtlich war, dass die Arbeitsmigration nicht eine temporäre sondern dauerhafte Einwanderung war. Das belegen auch die Zahlen die zeigen, dass trotz der genannten Maßnahmen die Zahl der Ausländer leicht anstieg (Vgl. Birsl, 2004, S. 35)<sup>23</sup>, wobei allerdings darauf hin zu weisen ist, dass die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer signifikant sank wie Ennigkeit feststellt (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 53). Dies ist darauf zurück zu führen, dass die Arbeitsmigration von vielen alleinstehenden Arbeitnehmern sich zu einer dauerhaften Migration mit größeren Familien, in denen oft nur der Mann berufstätig war, gewandelt hatte. Deshalb stellt Birsl auch nur folgerichtig fest, dass der Anwerbestopp von 1973 den Zeitpunkt markiert, „...an dem sich die Bundesrepublik endgültig zu einem Einwanderungsland gewandelt hat“ (Birsl, 2004, S. 34). Im Gegensatz zu den Niederlanden erkannte die Bundesregierung diese Realität aber nicht an und hielt an der offiziellen Politik fest, kein Einwanderungsland zu sein, auch wenn dies durchaus in der Gesellschaft sowie der Politik kritisiert wurde. So hatte z.B. Innenminister

---

<sup>22</sup> Möglich war dies über das völkerrechtlich verbriefte Recht auf Familie (Familienzusammenführung) (Birsl, 2004, S. 35)

<sup>23</sup> Lag die Zahl 1970 bei 60650 stieg sie bis 1975 leicht auf 61644 (Statistisches Bundesamt)

Genscher gefordert, darüber nach zu denken „ob die Bundesrepublik parallel zur Begrenzung der Migration nicht auch eine „echte“ Einwanderungspolitik betreiben“ sollte (Schönwälder, Karen, 2003, S. 139). Außerdem sprach sich die „Kühn Kommission“ für eine Vollintegration von Ausländern aus und schlug eine Reihe von Maßnahmen vor. Diese Maßnahmen beinhalteten zwar nicht die Förderung einer multikulturellen Gesellschaft, waren dafür aber der Minderheitenpolitik in den Niederlanden in vielen Punkten durchaus ähnlich. So wurde unter anderem eine rechtliche Gleichstellung von Einwanderern gefordert und auch eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen um die soziale und ökonomische Benachteiligung vieler Migranten zu vermindern. Als Instrument sollte hierfür insbesondere die Bildungspolitik benutzt werden, um die Sprachfähigkeiten vieler Migranten zu fördern um eine bessere Integration in die Aufnahmegesellschaft zu ermöglichen. Dementsprechend bleibt fest zu halten, dass von vielen in der deutschen Gesellschaft zwar immer wieder die Wichtigkeit einer einheitlichen Einwanderungspolitik erkannt und angemahnt wurde, aber im Gegensatz zu den Niederlanden diese Forderungen nicht von der Politik aufgegriffen und verwirklicht wurden (Vgl. Ennigkeit , 2008, S. 65).

### **3. Zwischenfazit**

Im letzten Kapitel ist deutlich geworden, dass die Bundesrepublik und die Niederlande, gewisse Gemeinsamkeiten in der Einwanderungspolitik haben. Beide Länder hatten nach dem zweiten Weltkrieg mit großen Einwanderungsströmungen zu kämpfen. Auch wurden in beiden Ländern nicht alle Migrantengruppen gleich behandelt. So wurden den Niederlanden die „Heimkehrer“ und in Deutschland die Ost-West Flüchtlinge nicht wirklich als Ausländer gesehen und gesondert behandelt. Die schnellen Schritte zur Integration dieser beiden Gruppen sind dabei sicherlich auch darauf zurück zu führen, dass beiden Staaten bewusst war, dass diese Einwanderer dauerhaft bleiben würden. Darüber hinaus sahen viele Menschen aus diesen Gruppen ihr Einwanderungsland von Anfang an auch als ihr Heimatland an und standen diesem auch kulturell sehr nah. Bei anderen Immigranten wie den Molukken und Gastarbeitern ging man in beiden Ländern von einer baldigen Rückkehr aus, selbst als mit der Zeit deutlich wurde, dass dies eine Fehlannahme war, hielt man an diesem Glauben fest. Mit dem Aufkommen der ersten Ölkrise wurden beide Ländern dazu gezwungen diese Haltung zu überdenken, da die Realität

zeigte, dass viele Immigranten entgegen der Erwartungen nicht in ihre Heimatländer zurückgingen. In den 1980er Jahren hat man daher in den Niederlanden, nicht zuletzt durch die Anschläge der Molukken, die Integrationspolitik überdacht und auf Grundlage der ethischen Minderheitenpolitik teils neu ausgerichtet, sowie die Realität, ein Einwanderungsland zu sein, akzeptiert. Damit beschritten die Niederlande einen anderen Weg als Deutschland, denn dort wurde die Einwanderungspolitik, trotz eines gescheiterten Rotationsmodell, davon geprägt, kein Einwanderungsland zu sein und die Integration fand in erster Linie im privaten Sektor, in den Wirtschaftsbetrieben, Sozialverbänden, Gewerkschaften und Kirchen statt und so gut wie gar nicht über die Politik.<sup>24</sup> Deshalb kann man auch festhalten, dass die Politik einen entscheidenden Faktor darstellt wenn man nach den Gründen sucht, warum die Integrationspolitik in beiden Ländern ab den 80er Jahren einen unterschiedlichen Verlauf nimmt. Versuchte die Politik in den Niederlanden Emigranten mit weitgehenden gesellschaftlichen Rechten sowie wirtschaftlicher und sozialer Gleichstellung (Vgl. Entzinger, 1992, S. 80) in die Versäulung des niederländischen materiellen Egalitarismus zu integrieren und förderte damit eine institutionelle Integration, blieb die deutsche Politik tatenlos und konnte sich: „...nicht auf einen Konsens über die Notwendigkeit von Integration einigen“ (Wilp, 2007, S. 63). Mehr noch versuchten die großen Parteien in Deutschland, insbesondere die CDU/CSU sich mit kritischen Äußerungen gegen Türken und später Asylbewerbern zu profilieren und Stimmen am rechten Rand in der Bevölkerung zu gewinnen. Immer wieder verkündete man, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und hielt an der Utopie fest, dass die Anzahl von Ausländern auf deutschen Boden politisch steuerbar ist. Diese Politik förderte aber eher vorhandene Ängste und Ressentiments in der Bevölkerung als sie zu bekämpfen. Diese Bevölkerung war aber nicht zuletzt auch Wähler womit sich die CDU/CSU selbst den Weg verbaute, ihre Haltung bezüglich der Integration von Ausländern zu ändern, ohne viele Wähler zu verprellen, denen sie jahrelang gepredigt hatte, dass die verschiedenen Emigrantengruppen zurück in ihr Heimatland gehen würden (Vgl. Wilp, 2007, S. 136-137). In den Niederlanden dagegen herrschte ein Konsens über die Notwendigkeit von Integration und die Politik stellte ihr Handeln und ihre Äußerung entsprechend ein (ebd. S.139). Das Nichtvorhandensein einer deutschen Integrationspolitik führt auf in ironischer Weise aber auch zu einer gewissen Gemeinsamkeit mit der niederländischen Integrationspolitik was die Bewahrung der

---

<sup>24</sup> Die Integration im privaten Sektor fand natürlich auch in den Niederlanden statt.

kulturellen Identität angeht. Zwar erhielten in den Niederlanden ,im Gegensatz zu Deutschland, viele Einwanderer weitgehende Rechte zur gesellschaftlichen Teilhabe wie z.B. das kommunale Wahlrecht, gleichzeitig aber wurde die eigene kulturelle Identität der Emigranten aus dem Selbstverständnis des niederländischen Gesellschaftssystems heraus unterstützt. Aus diesem Verständnis heraus wurde z.B. der Mutterspracheunterricht oder aber auch eigene Radio- und Fernsehsendungen für viele Minderheiten staatlich gefördert und den unterschiedlichen Konfessionen und Religionen ermöglicht eigene Schulen zu gründen(Vgl. Michalowski, 2005). In Deutschland hat man diese eigene Identität indirekt dadurch gefördert bzw. erhalten, dass man vielen Einwanderern immer wieder deutlich machte, dass man sie nicht als ‚Deutsche‘ sah und von ihnen erwartete, dass sie in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Damit fühlten sich viele der Emigranten als „nicht gewollt“, was durch die fehlende politische Partizipationsmöglichkeit nur noch verstärkt wurde, und hielten daher umso mehr an der Kultur und den Werten ihrer Heimat fest. Ennigkeit stellt daher auch fest: „Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte sind die Ergebnisse des jeweiligen politischen Verhaltens recht ähnlich: In keinem der beiden Länder kam es zu gezielten integrationspolitischen Maßnahmen, von Versuchen der kulturellen Assimilation ganz zu schweigen“(Ennigkeit , 2008, S. 104). In diesem Zusammenhang sollte man sich aber verdeutlichen, dass die niederländische Politik, aus Sicht der damaligen Zeit und vor dem Hintergrund der Versäulung der niederländischen Gesellschaft, die Minderheitenpolitik durchaus als integrationspolitische Maßnahme begriff. Gemeinsam ist beiden Ländern aber sicherlich, dass eine kulturelle Akkulturation nicht stattfand bzw. im Falle der Niederlande sogar nicht erwünscht war. Allerdings wurde in den Niederlanden nicht nur die Kultur und Identität von Immigranten indirekt gewahrt wie das in Deutschland der Fall war, sondern explicit staatlich gefördert. So kann man feststellen, dass auch wenn die Minderheitenpolitik in den Niederlanden keine Integrationspolitik im Sinne einer kulturellen Assimilation war, sich daraus nicht ableiten lässt, dass sie mit der Deutschen vergleichbar ist. Darüber hinaus ist ein weiterer wichtiger Punkt, dass in den Niederlanden im Unterschied zu Deutschland vielen Einwanderern ein hoher Grad an politischen Rechten zugestanden wurden. Damit stellte die niederländische Politik schon früh die Weichen für eine gesellschaftliche Teilhabe vieler Migranten und die Möglichkeit ihre Interessen in der Politik wahr zu nehmen. In Deutschland dagegen hielt man weiter am ethischen

Modell (mehr dazu in Kapitel 4.2.3) fest und verfolgte eine starke staatsbürgerliche Trennung zwischen Ausländern und Deutschen (Vgl. Koopmans, 1999, S. 179-181).

## **4. Die Entwicklung der Zuwanderungspolitik von 1990-2012**

### **4.1 Niederlande**

#### **4.1.1 Die ethnische Minderheitenpolitik in der Kritik**

Die im letzten Kapitel beschriebene ethnische Minderheitenpolitik und der damit verknüpfte Multikulturalismus wurde von vielen, insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit als Vorbild für Toleranz gegenüber Minderheiten gesehen. So stellen Leiprecht und Lutz in ihrer Arbeit fest, dass zum Beispiel viele deutsche Erziehungswissenschaftler in dem niederländischen System eine Art „ideelles Exportprodukt“ sahen (Vgl. Leiprecht & Lutz, 1996, S. 239-263). Aber auch die niederländische Regierung selbst sah ihre Integrationspolitik als erfolgreich an und sich selbst „in mehreren Bereichen allen anderen europäischen Ländern weit voraus“ (Vgl. Böcker & Thränhardt, 2003). Allerdings wurden bereits Ende der 1980er Jahre erste Kritiken an der Minderheitenpolitik laut die sich dann insbesondere ab den 1990er Jahren in einer zunehmend kritischeren öffentlichen und politischen Debatte manifestierten (Vgl. Musch, 2011, S. 66). Im Mittelpunkt dieser Kritik stand vor allem die Tatsache, dass die Minderheitenpolitik insbesondere im sozioökonomischen Bereich Migranten zu wenig fördert sondern sie stattdessen als Leistungsempfänger behandelt und Segregation unterstützt statt zu bekämpfen (ebd.). Auch Ennigkeit sieht nur marginale Verbesserungen im Bereich der Bildung und des Arbeitsmarktes, weist aber zugleich darauf hin, dass sowohl die Rechtsposition als auch die soziale Lage von Einwanderern durchaus durch die Minderheitenpolitik verbessert wurde (Ennigkeit, 2008, S. 86). Böcker und Groenendijk heben in diesem Zusammenhang hervor, dass viele Maßnahmen wie die Verleihung des Wahlrechts bei Kommunalwahlen oder die Erleichterung des Erwerbs der Staatsangehörigkeit vor allem auch eine symbolische Bedeutung hat und betonen, dass der Staat Immigranten damit deutlich macht, sie nicht länger als Gäste oder Außenstehende zu betrachten (Vgl. Böcker & Groenendijk, 2004, S. 352). Der Soziologe Jan Rath dagegen kritisiert, dass der Begriff „ethnische Minderheiten“ Migranten stigmatisiert und in eine bestimmte gesellschaftliche Position drängt, obwohl wie auch bereits in Kapitel 2.1.1 erwähnt wurde, die vielen verschiedenen Einwanderergruppen mit

Ausnahme der Molukken nicht als homogen anzusehen sind (Vgl. Rath, 1991). Aufgeschreckt durch diese Kritiken an der Minderheitenpolitik sowie die offensichtlichen Integrationsdefizite im sozioökonomischen Bereich beauftragte das niederländische Kabinett<sup>25</sup> den WRR erneut ein Gutachten über die Situation der in den Niederlanden lebenden Migranten zu erstellen. Erwartungsgemäß empfahl der WRR dann auch in seinem Gutachten Allochthonenpolitik (Allochthonenbeleid) von 1989 die Integrationspolitik verstärkt auf die Sektoren Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Bildung zu konzentrieren. Darüber hinaus warnte der WRR aber auch davor den Schwerpunkt einer multikulturalistischen orientierten Politik bei zu behalten, da es Migranten eher darin behindert, statt zu fördern, sich in das Aufnahmeland zu integrieren. Diese Empfehlung stelle einen erheblichen Bruch mit der bisherigen Politik da und zeigt zugleich exemplarisch wie sehr sich die niederländische Gesellschaft verändert hatte. Der Entsäulungsprozess, der schon in den 1960er Jahren seinen Anfang genommen hatte (Wielenga, 2008, S. 339) wirkte sich nun, wenn auch verspätet, auf die Integrationspolitik aus. Dies zeigte sich auch an dem zweiten Bericht des WRR, indem man von Begriffen wie „Minderheitenpolitik“ Abstand nahm und stattdessen vermehrt von einer „Integrationspolitik“ oder „Allochthone“ sprach. (Vgl. Heer, 2004, S. 177) Es passte nicht länger in das niederländische Gesellschaftsbild, dass bestimmte Gruppen parallel zur niederländischen Gesellschaft lebten. Mehr noch wurde von vielen wie z.B. von Rath und Lutz kritisiert, dass die desolate Situation in der sich viele Einwanderer befanden, angefangen von der hohen Arbeitslosigkeit bis zu den geringen Fortschritten im Bildungsbereich, auf die ethnische Minderheitenpolitik der vergangenen Jahre zurückzuführen sei. So schreibt Lutz über den zweiten WRR Bericht: „Der Bericht suggeriert, der Einsatz der Migranten-Sozialarbeit habe dazu geführt, dass die Minderheiten „in Watte gebettet“, ja mitunter „doodgeknuffeld“ (bis zur Erstickung umarmt) worden seien; dadurch sei jede Initiative erlahmt, sich aus der Selbstisolation zu befreien.“ (Lutz, 2003, S. 42) Rath macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass viele Einwanderer erst durch die umfangreichen Hilfestellungen im Rahmen der Minderheitenpolitik durch viele Niederländer als gesonderte- bzw. Problem- Gruppe betrachtet werden und es daher vielen Emigranten erst recht schwer fällt aus dieser Stigmatisierung zu entkommen und weist darauf hin, dass verschiedene empirische Studien diese Befunde

---

<sup>25</sup> Zu dieser Zeit das Kabinett unter dem Ministerpräsidenten Ruud Lubbers in seiner zweiten Amtszeit.

unterstützen. (Vgl. Rath, 1997, S. 3-5) Auf politischer Ebene wurden diese Befunde unter anderem von Ruud Lubbers (Christen Democratish Appel- CDA) in einem Radiointerview aus dem Jahre 1990 aufgenommen, indem er für eine stärker aktivierende Integrationspolitik eintrat, mit der er insbesondere die ökonomisch schwache Position vieler Zuwanderer aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit bekämpfen will.(Vgl. Scholten, 2007, S. 153) Weiterhin griff auch der damalige Vorsitzende der konservativ-liberalen Partei Fritz Bolkenstein das Thema auf und zog als einer der ersten Politiker einen direkten Bezug zwischen den im WRR Bericht beschriebenen Problemen und der islamischen Herkunft vieler Einwanderer. Dass er nicht der letzte Politiker war der mit solchen kontroversen Äußerungen auf sich aufmerksam machte wird in den Kapiteln 4.1.3 und 4.1.4 verdeutlicht.

#### **4.1.2 Fördern und Fordern: Von der Minderheitenpolitik zur soziökonomischen Integrationspolitik**

In Reaktion auf die umfangreichen Kritiken und den WRR- Bericht, sowie nicht zuletzt durch die populistischen Äußerungen durch Fritz Bolkenstein kam es in den Niederlanden zu einer umfangreichen öffentlichen Debatte über Integration, die sowohl in den Medien als auch in der Politik intensiv geführt wurde. Dabei wurde besonders „... auf soziokulturelle Themen der Immigration und auf mögliche Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufmerksam gemacht“ (Musch , 2011, S. 67). War bereits im WRR-Bericht vorgeschlagen worden umfangreiche Integrationsprogramme zu entwickeln, nahm dies nun konkrete Formen an. So verfassten Van der Zwan und Entzinger 1994 ein Gutachten für die Regierung, in dem konkrete Pläne zur Einführung von Integrationsprogrammen vorgeschlagen wurden. Wie Musch feststellt verlagerte sich mit diesen Integrationsprogrammen der Schwerpunkt von der Minderheitenpolitik auf eine „sozioökonomische Integration von Migranten“ (Musch , 2011, S. 67-68) und folgte somit insgesamt den Feststellungen und Empfehlungen des Wissenschaftlichen Rates (Vgl. Ennigkeit , 2008, S. 88). Dies wurde auch dadurch deutlich, dass die niederländische Regierung den Begriff der Minderheitenpolitik durch den der Integrationspolitik ersetzte und damit unterstrich, dass es sich um einen dauerhaften Prozess der Anpassung handelte (ebd. S.88). Diese neue Politik wurde auch „Contourennota“ genannt und sollte sich weniger auf Migranten als homogene Gruppe sondern eher auf Individuen ausrichten(Vgl. Musch , 2011, S. 68). Der WRR-Bericht hatte zu Recht erkannt, dass die wirtschaftliche Integration von Einwanderern eine unabdingbare Voraussetzung

ist, um sie in die niederländische Gesellschaft zu integrieren. Folgerichtig war es daher auch das Kernziel der „Contourennota“ Einwanderer von der oft dauerhaften staatlichen Fürsorge möglichst schnell in die Selbständigkeit zu bringen und sie dadurch über den niederländischen Arbeitsmarkt in die Gesellschaft zu integrieren (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 88). Dies versuchte die Regierung unter anderem über das Anti-Diskriminierungsgesetz WBEAA (Wet Bevordering Evenredig Arbeidsdeelname Allochthonen) welches Arbeitgeber dazu zwingen sollte einen prozentualen Anteil an Allochthonen ein zu stellen. Nach heftiger Kritik<sup>26</sup>, sowohl seitens der Medien als auch der Arbeitgeber wurde dieses Gesetz dann aber 1999 durch das Samen (Wet Stimulering Arbeid Minderheden) Gesetz ersetzt welches die Arbeitgeber von der Auflage entband detaillierte Pläne bezüglich der Anteile von Ausländern in ihrem Personal offen legen zu müssen. Wie Michalowski aber in ihrer Arbeit ausführt, war dieses Gesetz trotz seiner freiwilligen Basis recht erfolgreich. (Vgl. Michalowski, 2005, S. 30) Darüber hinaus wurden weitere Programme wie das Melkert 1<sup>27</sup> welches die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen sollte und das WIN<sup>28</sup> welches Neueinwanderer besser auf die niederländische Gesellschaft vorbereitet, beschlossen. (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 90-91) Weiterhin lässt sich festhalten, dass sich der Staat mehr und mehr aus vielen ehemaligen Aufgabenbereichen zurückzieht, wie Entzinger feststellt: „Es ist vor allem das multikulturelle Element der Minderheitenpolitik, dessen Bedeutung abgenommen hat. Die Subventionierung sozialer und kultureller Aktivitäten von und für Minderheiten ist allmählich verringert worden. Der Mutterspracheunterricht hat seine bevorzugte Position verloren, und die Gründung von Minderheiteninitiativen und –Organisationen wird jetzt, mehr als vorher, als eine Aufgabe der Betroffenen selbst gesehen“ (Entzinger, 1992, S. 85-68). Insgesamt wird damit deutlich, dass die Niederländische Einwanderungspolitik sich stark gewandelt hatte und zunehmend nicht nur fördert sondern auch fordert und im Gegensatz zur Vergangenheit die kulturelle Integration neben der institutionellen Integration als eine wichtige Aufgabe sieht um damit Einwanderern auch ökonomisch mehr Chancen in der niederländischen Gesellschaft zu eröffnen.

---

<sup>26</sup> Unter anderem wurde kritisiert, dass das Gesetz die Offenlegung des ethnischen Hintergrundes der Belegschaft verlangte und Arbeitgeber zwang möglicherweise fachlich unqualifizierte Leute ein zu stellen (Böcker & Groenendijk, 2004).

<sup>27</sup> Benannt nach dem damaligen Arbeitsminister Melkert.

<sup>28</sup> Die Einbürgerung im WIN umfasst drei Elemente: „Erstens das Erlernen der niederländischen Sprache, zweitens den Erwerb von Grundkenntnissen über den niederländischen Staat und seine Gesellschaft und dritten den Erwerb von sozialer und beruflicher Orientierung“ (Ennigkeit, 2008, S. 90).



### 4.1.3 „Das multikulturelle Drama“ und der Aufstieg des Pim Fortuyn

Obwohl, wie im letzten Kapitel beschrieben, durch die Evaluation der Minderheitenpolitik viele Probleme erkannt wurden und es zu einem neuen Ansatz in der Integrationspolitik kam, hieß dies nicht, dass die Debatte in der Gesellschaft über den Multikulturalismus und die Integration der Migranten in der niederländischen Gesellschaft endete. Ganz im Gegenteil flammte die Debatte im Jahr 2000 erneut auf, als der Soziologe Scheffer seinen Essay „Das multikulturelle Drama“ (Scheffer, 2000) im NRC Handelsblad veröffentlichte. Darin warf er der niederländischen Regierung vor, dem Problem, dass viele Migranten eine hohe Arbeitslosen- und Schulabbrecherquote aufwiesen, nicht entschieden genug entgegen zu treten und stattdessen an der alten Strategie des Poldermodells der Kompromissfindung fest halte und dadurch die Gefahr einer Parallelgesellschaft heraufbeschwöre. Auch Paul Schnabel, der Direktor des SCP veröffentlichte einen Monat später einen Artikel in der Volkskrant unter dem Titel „Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion“ (Schnabel, 2000) in dem er Scheffer zustimmte. Musch stellt daher fest: „Die Debatte rund um das „multikulturelle Drama“ führte zu einer stärkeren Polarisierung und Politisierung des Themas in Politik und Gesellschaft“ (Musch, 2011, S. 68). Zusätzlich in diese aufgeheizte Debatte über den „Clash of Civilisations“ (Vgl. Huntington, 2002) lenkten Medien und Politik die Aufmerksamkeit auf mehrere einzelne Beispiele, die die Gemüter weiter erhitzen und wodurch sich viele in ihrer Meinung bestätigt sahen. Zum einen waren dies gewalttätige Zwischenfälle mit Jugendlichen türkischer und marokkanischer Herkunft, zum anderen aber auch diverse Äußerungen von radikalen Imans wie Imam El-Moumni, der Homosexualität als schmutzige Krankheit bezeichnete und Homosexuelle als minderwertige Schweine. Auch, dass die strenggläubige El-Taweed Moschee in Amsterdam ein Buch verkauft hatte, in dem dazu aufgerufen wurde, Homosexuelle von Türmen herunterzuwerfen, sorgte für Entsetzten. Obwohl die Politik auf diese Vorkommnisse reagierte und der damalige Integrationsminister Van Boxtel den Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft suchte und die Basis für die Organisation eines muslimischen Dachverbandes einleitete (welcher dann unter Van Boxtels Nachfolgerin Verdonk 2004-2005 offiziell anerkannt wurde) beruhigte sich die aufgeheizte Stimmung kaum (Vgl. Musch, 2011, S. 68-69). Als dann auch noch internationale Ereignisse wie die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Anschläge in Madrid von 2004 die anti-muslimische Stimmung weiter schürten, (Vgl. Scholten, 2007, S. 206) war dies der perfekte Humus für Pim Fortuyns

politische Ideologie. Hatten die Äußerungen von Fritz Bolkenstein wie in Kapitel 4.1.1 beschrieben noch für heftigen Widerstand in der öffentlichen Diskussion gesorgt und wurden größtenteils abgelehnt (Vgl. Fabich & Vogel, 2005, S. 7), traf Pim Fortuyn in dem nun hoch politisierten und polarisierten Thema rund um Migration einen Nerv und konnte sich und seiner Partei Gehör verschaffen und bot einfache Erklärungen für komplexe Probleme an. Scholten weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese offene und teilweise stark polarisierte Diskussion auch deshalb möglich war, weil schon nach dem WRR-Bericht von 1989 das Monopol des „multikulturalistischen Rahmens“ gebrochen war und durch einen „universalistischen Typus“ ersetzt wurde, der es erstmals ermöglichte das Thema Integration auf die politische Agenda zu setzen und es kontrovers zu diskutieren (Vgl. Scholten, 2007, S. 208). Auch Mak stellt fest, dass trotz massenhafter Einwanderung, die Begleitprobleme dieser Einwanderung von der offiziellen Politik bis in die neunziger Jahre hinein geleugnet wurden (Vgl. Mak, 2005, S. 29). Deswegen macht man es sich auch sicherlich zu einfach, wenn man die Gründe für den Aufstieg von Pim Fortuyn nur durch die historischen Ereignisse wie dem 11. September oder dem Essay Scheffers erklärt. Der Erfolg des Populisten Pim Fortuyn ist auch deshalb zu erklären, weil er Ängste und Zweifel in der Bevölkerung anspricht die lange unter dem „Deckmantel“ der multikulturalistischen Politik im Verborgenen lagen. Daher stellen Wielenga und Hartleb zu Recht fest wenn sie schreiben: „So könnte der Populismus für die gesamte Parteiendemokratie mit ihren negativen Begleiterscheinungen wie dem Klientelismus einen gewissen „Reinigungseffekt“ zur Folge haben“ (Wielenga & Hartleb, 2011, S. 10). Natürlich provoziert und polarisiert Fortuyn mit Sätzen wie „Kalter Krieg gegen den Islam“ oder die Bezeichnung des Islams als rückständige Kultur (Vgl. Fortuyn, 1997). Der Zuspruch, den er in der Bevölkerung für diese Sätze bekam, zeigt aber, dass viele Menschen in den Niederlanden so dachten und immer noch denken. Den Erfolg der Fortuyns Partei LPF (Liste Pim Fortuyn), trotz seiner vorigen Ermordung im Mai 2002 durch einen Umweltaktivisten, bei den Nationalwahlen 2002 hat <sup>29</sup>, unterstreichen nur, dass Fortuyn kein verirrter einzelner Anti-Islamist war, auch wenn seine Partei ohne ihn schnell wieder von der politischen Bildfläche

---

<sup>29</sup> So wurde seine Partei Teil des Kabinetts Balkenende aus Christdemokraten CDA, Rechtsliberalen VVD und LPF (Balkenende I) und holte 17,0 Prozent der Stimmen. Diese Regierung hatte aber nur kurzen Bestand und wurde schon nach 87 Tagen wieder aufgelöst.

verschwand.<sup>30</sup> Man kann dem Menschen Pim Fortuyn sicherlich kritisch gegenüber stehen, da er sich Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung zu Nutze gemacht hat und die Schuld für eine seiner Meinung nach misslungene Integration einseitig auf Seiten islamischer Einwanderer sieht. Auf der anderen Seite war es wichtig, dass diese Ängste und Befürchtungen ausgesprochen und hervorgehoben wurden, statt sie tot zu schweigen (Vgl. Wielenga , 2007, S. 47). Auch wenn sich die LPF nach dem Tod Pim Fortuyns schnell auflöste und deutlich wurde, dass es sich bei dieser Partei wohl eher um eine „Ein Mann Show“ gehandelt hat (Vgl. ebd. S.84) hatte sein Tod Nachwirkungen auf die niederländische Integrationspolitik. So stellt Musch fest, dass die ab 2003 regierende Koalitionsregierung Balkenende II eine stärkere integrationsorientierte Politik verfolgte. So wurde z.B. die Zuordnung des Ministerpostens für Ausländerangelegenheiten und Integration zum Justizministerium, die noch von der vorigen Regierung unter der Koalition mit der LPF stammte, beibehalten (Vgl. Musch , 2011, S. 70). Wichtiger war aber noch, dass eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt wurde (sog. Blok-Kommission), die den Erfolg der Integrationspolitik der letzten vierzig Jahre untersuchte. Diese Kommission kam in ihrem Abschlussbericht den sie 2004 vorlegte, zu dem für viele überraschenden Ergebnis, „...dass die Integration in den Niederlanden erfolgreich verlaufen sei und man daher von einer beachtlichen Leistung sprechen könne“ (Musch , 2011, S. 70). Trotz dieser eindeutigen Aussage wurde das Ergebnis „...von weiten Teilen in Politik und Gesellschaft nicht angenommen“ (ebd. S.70). Die Blok-Kommission hatte vor allem Faktoren einer institutionellen Integration wie Arbeitsmarkt, Bildung und Wohnungswesen untersucht und weniger soziokulturelle Faktoren wie z.B. Sitten, Bräuche, Traditionen, Werte oder Religion, was von vielen skeptisch gesehen wurde, denn nicht zuletzt waren es genau diese Faktoren die Fortuyn bei Migranten kritisiert hatte (Vgl. Snel & Scholten, 2005, S. 17) und die viele in der Gesellschaft als Maßstab für eine erfolgreichen Integration betrachteten. Damit wurde deutlich, dass die Wahrnehmung in der Bevölkerung und bei vielen Politikern hinsichtlich des Erfolges der Integrationspolitik eine andere war, als die wissenschaftliche Ansicht der Blok-Kommission. Diese Wahrnehmung teilte auch die damalige Integrationsministerin Verdonk, die einen harten Kurs gegenüber Einwanderern einschlug und eine höhere soziokulturelle Integration der Einwanderer in die niederländische Gesellschaft forderte. Zentrale Punkte ihrer Politik waren, dass die

---

Migranten die niederländische Sprache beherrschen müssen und sich zu den Werten und Normen der niederländischen Gesellschaft bekennen. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern benutzte Verdonk die Konsultationsstruktur für Minderheiten aber weniger dazu um diese Politik mit Ihnen abzusprechen und zu beraten, sondern eher um sich ihre Vorstellungen der Integrationspolitik durch die Verbände absegnen zu lassen, was ihr auch viel Kritik einbrachte (Vgl. Musch , 2011, S. 70).<sup>31</sup> Wie Entzinger feststellt, lassen sich somit insgesamt zwei gegensätzliche Positionen in der niederländischen Debatte über Integration ausmachen. Zum einen die „offizielle“ und kosmopolitische Position die darauf hinweist, dass in allen wichtigen Indikatoren wie z.B. Arbeitsmarkt, Bildung oder Wohnverhältnissen Fortschritte gemacht wurden und die Identifikation von Türken und Marokkanern mit dem Islam und ihrer Heimat als ein Zeichen von einem erfolgreichen Multikulturalismus sieht und die hohe Zahl an Einbürgerungen im Zuge der doppelten Staatsbürgerschaft<sup>32</sup> darauf zurückführt, dass viele Einwanderer für sich in den Niederlanden eine Zukunft sehen. Die doppelte Staatsbürgerschaft stellt dabei keinen Rückschritt dar sondern steht ganz im Zeichen einer globalisierten und transnationalen Welt.

Die andere Position dagegen sieht den Fortschritt bei der Integration weit weniger optimistisch und warnt vor einer neuen insbesondere muslimischen Unterschicht die sich nicht mit der niederländischen Kultur und Gesellschaft identifiziert, sich nicht integrieren will oder kann und damit den sozialen Zusammenhalt und den liberalen niederländischen Staat als Ganzes gefährde (Vgl. Entzinger , 2005, S. 124-125). Der Erfolg Pim Fortuyns und der neue härtere und mehr fordernde Kurs in der Einwanderungspolitik zeigen auf, dass insbesondere letztere Position zunehmend an Stärke und Zustimmung in der niederländischen Gesellschaft gewonnen hat.

#### **4.1.4 Der Mord an Theo Van Gogh, der Erfolg des Geert Wilders und die Verschärfung der Einwanderungspolitik**

In den letzten Kapiteln ist deutlich geworden, dass sich die Einwanderungspolitik der Niederlande vom multikulturalistischen Ansatz der früheren Jahre entfernt hat und zunehmend auf eine eher fordernde Politik gegenüber den Migranten zu steuert. Als dann 2004 der islamkritische Filmregisseur Theo van Gogh von einem

---

<sup>31</sup> Kritisiert wurde sie auch, weil sie mit ihrem Handel hinsichtlich der Einbürgerung der VVD Politik kern Ayann Hirsi Ali maßgeblich dazu beigetragen hatte, dass das Kabinett Balkenende II scheiterte. Man nannte sich deshalb auch „eiserne Rita“ (Wilp, 2007, S. 265)

<sup>32</sup>Die doppelte Staatsbürgerschaft in den Niederlanden zu beantragen war von 1992-1997 möglich.

niederländischen Islamisten marokkanischer Abstammung ermordet wurde, versetzte dies die Niederlande ,wie schon nach der Ermordung Pim Fortuyns, erneut in einen Schockzustand und viele sahen sich in ihrer Auffassung einer mangelnden Integrationswilligkeit insbesondere muslimischer Einwanderer bestätigt. Auch wenn es die Tat eines einzelnen Täters war und sich von dieser nicht auf die Gesamtheit der muslimischen Einwanderer schließen lässt, zeigt der Vorfall doch, dass nach wie vor große Integrationsprobleme in der niederländischen Gesellschaft vorhanden waren und ein hohes Konfliktpotenzial herrschte (Vgl. Wielenga , 2007, S. 51). Dies zeigt sich auch daran, dass es in den Tagen nach der Ermordung van Goghs zu zahlreichen Anschlägen und Gegenanschlägen auf Kirchen, Moscheen sowie islamischen Schulen kam und sich damit auch die Frage stellte, ob man in den Niederlanden wirklich ein Vorbildmodell einer gelungen Integration sehen konnte und inwiefern ein multikulturelles Modell überhaupt funktionieren kann (Vgl. Michalowski , 2005). Genau wie zu seiner Zeit Pim Fortuyn wusste auch diesmal ein Mann der Stunde seinen Vorteil in dieser Phase der allgemeinen Verunsicherung zu nutzen indem er einfache Antworten für komplexe Probleme anbot. Genau wie Fortuyn provozierte auch Geert Wilders mit anti-islamischen Äußerungen und nicht zuletzt auch mit seinem Anti-Koran Film „Fitna“. Auch seine Partei die PVV (Partij voor de Vrijheid) stützt sich in erster Linie auf Wilders und ist damit genau wie Fortuyns LPF sehr personenorientiert. So stellt Wilp fest: „...dass mit der PVV eine Partei große Erfolge erzielt, die keine Mitglieder zulässt und in der alle inhaltlichen und personellen Entscheidungen damit in einer Hand, der ihres Spitzenkandidaten Geert Wilders liegen“(Wilp, 2011, S. 155). Neben der PVV hatte aber auch die von der nun ehemaligen Integrationsministerin Verdonk gegründeten Partei TON (Trots op Nederland) Wahlerfolge vor zu weisen. Beide Parteien weisen viele Parallelen auf, so dass man auch beide in der Tradition der LPF einstufen kann(Vgl. Musch , 2011, S. 72). Damit wird deutlich, dass der Erfolg des Pim Fortuyn kein einmaliges Ereignis war, sondern, dass sich der Rechtspopulismus bzw. der Anti-Islamismus dauerhaft in der niederländischen Parteienlandschaft etabliert hatte. Dies zeigt sich auch daran, dass diese rechtspopulistischen Parteien in mehreren Wahlen verhältnismäßig viele Stimmen auf sich vereinen konnten, wobei Wilp in diesem Zusammenhang darauf hinweist, dass die Berichterstattung der Medien mit ihrem hohem Maße an Personalisierung „ein Mann Parteien“ wie der PVV entgegen kommen, was sicherlich auch zu deren Popularität beigetragen hat(Vgl. Wilp, 2011). Neben dieser Veränderung im politischen Klima und der zunehmenden Polarisierung

ist aber auch eine generelle Verschärfung der tatsächlichen Einwanderungspolitik zu beobachten wie Böcker und Groenendijk feststellen. So wurde z.B. 2003 das Staatsangehörigkeitsrecht verschärft oder 2006 Integrationstests für Migranten, die mit ihrem Ehepartner in den Niederlanden zusammen leben wollen, verpflichtend eingeführt. Auch war es nun weitaus schwieriger die niederländische Staatsbürgerschaft zu erhalten<sup>33</sup>, was zu weniger Einbürgerungen führte (Vgl. Entzinger, 2005, S. 129). Hatten sich die Niederländer in der Vergangenheit als Vorbildmodell in Sachen Einwanderungspolitik gesehen wurde nun Deutschland erstmalig als Vorbild für eine strikte Einwanderungspolitik genannt (Vgl. Böcker & Groenendijk, 2004, S. 356). Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich heutzutage beinahe alle Fraktionen einig sind, „... dass Integration in bestimmten Bereichen auch unter Androhung von Sanktionen gewissermaßen erzwungen werden muss. (Ersanili, 2007) Damit hatten die Niederlande eine radikale Kehrtwende von der Minderheitenpolitik der 70er und 80er Jahre vollzogen und eine weitaus restriktivere Einwanderungspolitik implementiert, die die kulturelle Integration von Einwanderern als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sah. Die Verantwortung für die in den Augen vieler Niederländer nur wenig erfolgreiche und langsame Integration von Einwanderern, wurde dabei einseitig auf die Emigranten abgewälzt (Vgl. Entzinger, 2005, S. 129). Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie, da es doch zu dem Paradoxon führt, dass es die niederländische Politik war, die über die Minderheitenpolitik Einwanderer dazu ermutigt hatte ihre eigene Identität und Kultur zu bewahren, während sie nun genau dies kritisierte (vgl. ebd. 130).

## **4.2 Deutschland**

### **4.2.1 Stagnation statt Fortschritt: Die Asyldebatte**

Die vierte Phase in der bundesdeutschen Einwanderungsgeschichte ist eng an historische Ereignisse gekoppelt. So führt der Fall der Mauer und des „Eisernen Vorhangs“ dazu, dass erneut eine größere Ost-West Migration nach Deutschland stattfand. Eine große Gruppe stellen hierbei die „Spätaussiedler“ die genau wie die ersten Ost-West Flüchtlinge nach dem zweiten Weltkrieg die schon in Kapitel 2.2.1 beschrieben wurden, von Anfang an als Deutsche anerkannt und im Vergleich zu vielen anderen Einwandergruppen relativ schnell integriert wurden, wenngleich

---

<sup>33</sup> So müssen z.B. Einwanderer selbst für die Kosten der verpflichtenden Sprachkurse aufkommen (Entzinger, 2005)

Braun zu Recht darauf aufmerksam macht, dass auch hier allein durch die hohe Zahl<sup>34</sup> an Flüchtlingen und die oft fehlenden Sprachkenntnisse es zu einer Vielzahl an Integrationsproblemen kam, die aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden (Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 77-84). Eher wahrgenommen dagegen wurden die zunehmend große Anzahl an Asylanten am Anfang der 1990er Jahre die aufgrund der militärischen Konflikte zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie in Bosnien Herzegowina und den Kosovo in zunehmender Zahl in Deutschland Asyl beantragten. Die hohe Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den Niederlanden ist auch darauf zurückzuführen, dass es in Deutschland ein individuelles Verfassungsrecht auf Asyl gab und das Recht auf Asyl somit einklagbar war (Vgl. Hahn, 2010, S. 184).<sup>35</sup> So entstand die paradoxe Situation, dass ein Land sich nicht als Einwanderungsland betrachtete, obwohl es teilweise die höchsten Einwanderungszahlen weltweit zu verzeichnen hatte, weshalb Braun auch feststellt, dass sich „das Stimmungsbild in der Bevölkerung angesichts dieser Widersprüche geradezu verschlechtern musste“ (Meier-Braun, 2002, S. 60). Als dann 1992 die höchste Zahl an Asylsuchenden erreicht wurde und die Kommunen an ihre Belastungsgrenze stießen wurde das Recht auf Asyl kontrovers diskutiert. So schreibt Birsl, dass „-eine ressentimentgeladene, öffentliche Auseinandersetzung um zu hohe Zahlen an Asylsuchenden...“ stattfand (Birsl, 2004, S. 37) und Hahn spricht von einer „...xenophobischen Stimmungslage in der Öffentlichkeit...“ (Hahn, 2010, S. 185). Durch diesen zunehmenden Druck in der Gesellschaft gerieten die etablierten Parteien unter Handlungsdruck, weshalb die Regierungskoalition unter CDU/CSU und FDP mit den Stimmen der SPD das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16GG 1993 einschränkten. Es lässt sich feststellen, dass das Ziel die Zahl der Asylanträge zu vermindern und das Asylverfahren zu beschleunigen mit dem Gesetz erreicht wurde, auch wenn es massive Kritiken an der Menschlichkeit des Gesetzes gab, insbesondere was die Abschiebehaft und die Bedingungen der Aufnahmeeinrichtungen für die Flüchtlinge angeht (Vgl. Hahn, 2010, S. 189). Ähnlich wie aber schon bei vielen Gastarbeitern ging hier die Rechnung, dass alle Asylanten wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden, nicht immer auf. Nicht zuletzt weil viele Heimatländer der Asylanten einen hohen Zerstörungsgrad aufwiesen und weiterhin ethnisch-kulturelle Konflikte vorherrschten, war für viele

---

<sup>34</sup> allein 1990 waren es 400 000 Personen (Meier-Braun, 2002, S. 79)

<sup>35</sup> Dies ist darauf zurückzuführen, dass viele Flüchtlinge im zweiten Weltkrieg nur überlebt hatten, weil Nachbarländer Asyl gewährten und sich die BRD daher in der Verpflichtung sah, ebenfalls ein starkes Asylrecht im Grundgesetz zu verankern (Hahn, 2010, S. 185).

Asylanten nicht an eine Rückkehr zu denken (vgl. ebd. 37). Auch diesmal machte aber die Bundesregierung keinerlei Anstalten, den dauerhaften Status vieler dieser Einwanderer an zu erkennen. So brachte zwar das Ausländergesetz von 1990 Verbesserung, behielt aber die Ansicht bei, Deutschland sei kein Einwanderungsland und setzte weiter auf restriktive und ordnungspolitische Maßnahmen. Wie schon in der Vergangenheit trat auch hier wieder ein Konflikt mit dem Bundesinnenministerium auf, (siehe Kapitel 2.2.1) da das Gesetz vom Bundesinnenministerium gegen den Willen der Ausländerbeauftragten Liselotte Fucke (FDP) zustande kam, die sich gegen eine restriktive Ausländerpolitik wandte (Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 68). Nicht zuletzt auch deshalb trat 1991 Funcke von ihrem Amt zurück und begründete diese Entscheidung unter anderem auch damit, dass es der Bundesregierung an einem klaren Zuwanderungs- und Integrationskonzept mangle und durch dieses Defizit wachsende Fremdenfeindlichkeit in Kauf nahm. Diese Kritiken wurden aber zur damaligen Zeit im Gegensatz zu den Niederlanden, zu mindestens von der deutschen Regierungspolitik, nicht wirklich aufgegriffen (Vgl. Musch, 2011, S. 78) und fanden ähnlich wie schon die Vorschläge der Kühn Kommission (siehe Kapitel 2.2.2) wenig Beachtung. Fand in den Niederlanden eine umfangreiche Debatte und Evaluation über den Erfolg der Minderheitenpolitik statt, wurde in Deutschland zwar kontrovers über die Änderung des Artikel 16 diskutiert<sup>36</sup> und auch über die Einwanderungspolitik im Allgemeinen aber eine weitreichendere grundsätzlichere Evaluation der bisherigen Politik blieb aus. Zwar wurde wie schon seit den 80er Jahren vermehrt die Haltung der Bundesrepublik kritisiert, aber dies führte nicht dazu, dass die Bundesregierung wie es in den Niederlanden der Fall war, ihre Politik neu ausrichtete. Stattdessen hielt man an der alt hergebrachten Politik wie zu Zeiten des Rotationsmodells fest und richtete die Einwanderungspolitik weiterhin auf Rückkehr aus (Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 61). Hatte schon die Politik der 1980er Jahre dazu geführt rechtes Gedankengut eher zu fördern statt zu bekämpfen (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 80), zeigte sich auch in der Asyldebatte, dass rechtsextreme Parteien weiter Erfolge feiern konnten indem sie die hohe Zahl an Asylanten zu ihren Gunsten instrumentalisieren (ebd. S83-84). Dies geschah insbesondere in Ost-Deutschland obwohl hier die Zahl der dort lebenden Ausländer verschwindend

---

<sup>36</sup>So hatte z.B. die stellvertretende Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin den Asylkompromiss als „Kniefall vor den Rechtsextremisten“ bezeichnet (Herbert, 2003, S. 74).



gering war. Der Fremdenhass und die Gewalttaten nahmen weiter zu und Politik<sup>37</sup> und Medien, allen voran die Bild Zeitung<sup>38</sup> gossen noch Öl ins Feuer, indem sie Vorurteile aufgriffen und Asylanten stigmatisierten (Vgl. Herbert, 2003, S. 302). Insgesamt ähnelte die Debatte und die Politik dem, was man bereits in den 80er Jahren gesehen hatte, weshalb Braun auch feststellt: „Waren es vor zehn Jahren die Türken die im Fadenkreuz einer Begrenzungspolitik standen, konzentrierte sich die Debatte nun auf die Asylbewerber,..“ (Meier-Braun, 2002, S. 72).

#### 4.2.2 Die Brandanschläge von Solingen

Hatte die Ausländerbeauftragte Funke noch vor zunehmenden fremdenfeindlichen Tendenzen, wie im vorigen Kapitel erwähnt, gewarnt und kam es seit den 1980er Jahren immer häufiger zu Anschlägen auf Ausländer (Vgl. Ennigkeit, 2008, S. 81),<sup>39</sup> fanden diese Warnungen nun ihren traurigen Höhepunkt in Form einer Reihe von gewalttätigen Anschlägen mit ausländerfeindlichen Motiven. Einer der schlimmsten, war sicherlich der Brandanschlag von Solingen am 29. Mai 1993, bei dem fünf Menschen den Tod fanden. Auch in den Niederlanden fanden diese Anschläge große Beachtung, riefen Entsetzten über die Taten hervor und führten sogar dazu, dass nach einem Aufruf im niederländischen Radio 1,2 Millionen Postkarten mit der Aufschrift „Ik ben woedend“ (Ich bin wütend) an den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl geschickt wurden. Dieser moralische Zeigefinger mag insofern gerechtfertigt sein, dass die deutsche Politik durch ihre Verneinung der Realität, die parteipolitische Instrumentalisierung der Einwanderungspolitik sowie das in Kauf nehmen von bestehende Ressentiments in der deutschen Bevölkerung eine Mitverantwortung für die ausländerfeindlichen Anschläge trägt (siehe Kapitel 3 und 4.2.1). Auf der anderen Seite war zur fast selben Zeit die ethnische Minderheitenpolitik in den Niederlanden durch den WRR Bericht selbst starker Kritik ausgesetzt (siehe Kapitel 4.1.1), so dass man nicht davon sprechen konnte, dass die multikulturelle Integrationspolitik in den Niederlanden ein „glänzendes Vorbild“ in Sachen Integration war, auch wenn dies viele in der deutschen Öffentlichkeit lange Zeit so

---

<sup>37</sup> So z.B. der CDU-Fraktionschef Landowsky in einem Interview über Ausländer die: „...bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort „Asyl“ rufen, dem Steuerzahler in einem siebenjährigen Verfahren auf der Tasche liegen“ (Herbert, 2003, S. 302).

<sup>38</sup> So gab es zahlreiche Fälle in denen Asylbewerber geschlagen wurden und aus dem Osten zurück in den Westen flüchteten. Die Bild Zeitung erklärte dass man daran sehen könne "...dass es sich in Wirklichkeit um Wirtschaftsflüchtlinge, um Asylbetrüger handele, die zurückkehrten, weil sie in Ostdeutschland den gewohnten Komfort des Westens vermissten“ (Herbert, 2003, S. 302).

<sup>39</sup> So kamen schon 1980 bereits 17 Menschen bei Anschlägen neonazistischer Gruppierungen ums Leben (Meier-Braun, 2002, S. 86)

sahen(Vgl. Ennigkeit , 2008, S. 12). Ähnlich wie in den Niederlanden nach den Anschlägen der Molukken hatten auch die fremdenfeindlichen Anschläge in Deutschland eine Art „Wachrütteleffekt“ und führten dazu, dass es nun endlich zu einer breiten Diskussion über die Ausländer- und Einwanderungspolitik kam und diese Diskussion nun vor allem auch die Regierung erreichte. So stellt Musch fest: „In Deutschland stimmten nach diesen Ereignissen Ausländerverbände, die Kirchen und die Oppositionsparteien sowie die FDP-Spitze, die damalige Ausländerbeauftragte Schmalz-Jacobsen und einige Mitglieder der CDU darin überein, dass es notwendig sei, eine Ausländer- und Einwanderungspolitik zu entwickeln“(Musch , 2011, S. 79). Darüber hinaus ging aber auch durch die deutsche Gesellschaft als Ganzes ein „Ruck“ und lösten gesellschaftliche und politische Gegenbewegungen auf, „darunter einige der zahlenmäßig größten Demonstrationen in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Koopmans, 1999, S. 168). Die Asyldebatte hatte nur einen Teilaspekt der Integrationsfrage umfasst und das eigentliche Problem, dass im Grunde genommen der Debatte zugrunde lag, verdeckt, nämlich „...die Frage, wie Deutschland in Zukunft mit der Einwanderung und den Einwanderern umgehen sollte“(Herbert, 2003, S. 322). Auch die seit 1994 amtierende Bundesregierung hatte diese Tatsache erkannt und vereinbarte in ihrer Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP eine Reform des Staatsangehörigkeitsrecht, wenngleich sie es nicht schaffte dieses Vorhaben in ihrer Amtszeit durchzuführen und es damit beim Lippenbekenntnis blieb (vgl.ebd.S.329), weshalb Ennigkeit feststellt: „Auch die Ära Kohl kann hinsichtlich integrationspolitischer Maßnahmen als verlorene Zeit eingestuft werden“ (Ennigkeit , 2008, S. 105). Vorherrschend war nach wie vor eine Begrenzungs- statt Einwanderungspolitik.

#### **4.2.3 Wandel der Einwanderungspolitik unter der Regierung Schröder**

Hatten die vorigen Regierungen es nicht geschafft, die deutsche Realität, ein Einwanderungsland zu sein, anzuerkennen und entsprechend zu handeln und war die „... Ausländerpolitik über viele Jahre hinweg nichts anderes als Ankündigungspolitik“(Meier-Braun, 2002, S. 62), änderte sich dies mit dem Amtsantritt der Regierung Schröder. War in der dritten und vierten Phase der bundesdeutschen Einwanderungsgeschichte deutlich geworden, dass die Bundesregierung ein Einwanderungsland ist, dauerte es bis zur fünften Phase ab 1998, dass dies auch politisch anerkannt wurde. Die Koalitionspartner aus Grünen

und SPD erkannten zum einen das erste Mal an, dass der Zuwanderungsprozess nicht mehr umkehrbar ist und zum anderen, dass es nötig ist die in Deutschland dauerhaft lebenden Migranten stärker zu integrieren (Vgl. Herbert, 2003, S. 332). Dass diese Anerkennung nicht nur ein Lippenbekenntnis war wird besonders an drei Punkten deutlich die von der neuen Regierungskoalition umgesetzt wurden:

- Änderung des Staatsbürgerrechts mit der eingeschränkten Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit,
- Einführung der so genannten „Green Card“ zur Anwerbung von hochqualifizierten Arbeitskräften für die IT Branche,
- Erstes Gesetzesvorhaben zur Einwanderungs- und Asylpolitik in der Geschichte der Bundesrepublik.(Birsl, 2004, S. 38)

Der erste Punkt ist wohl gleichzeitig einer der wichtigsten weil er einen zentralen Bestandteil der bundesdeutschen Einwanderungspolitik kippt, nämlich die Frage wie eine Gesellschaft die Zugehörigkeit zur Nation definiert. Seit Bestehen der BRD hatte man „...die Nation auf der Grundlage ethnischer Zugehörigkeit als eine „Abstammungsgemeinschaft“ definiert (Koopmans, 1999, S. 170). Dies war ein wesentlicher Grund warum sowohl gegenüber den Ost-West Flüchtlingen nach dem zweiten Weltkrieg, als auch denen die aus dem Osten nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs immigrierten, eine andere Politik verfolgt wurde, als gegenüber den Gastarbeitern und Asylanten. So wurden diesen Gruppen gegenüber Eingliederungsangebote wie kostenlose Deutschkurse oder sozialpolitische Maßnahmen wie der Anspruch auf Einbürgerung geboten (Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 80), solange sie nachweisen konnten „deutsch“ zu sein.<sup>40</sup> Darüber hinaus erhalten Kinder von diesen Einwanderern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft (sog. Ius soli.). Wenn man dann auf der anderen Seite sieht, dass viele Einwanderer, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben aufgrund von diesem ethischen Modell nicht, oder nur sehr schwer die Möglichkeit haben die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, dann ist das sicherlich ein Punkt der zu einer mangelnden Integration beigetragen hat und der kritisch zu sehen ist. Deshalb stellt Braun fest, dass viele der Integrationshilfen für deutschstämmige Einwanderer auch schon seit Jahrzehnten für andere Einwanderer hätten gelten sollen(Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 80). Diesem

---

<sup>40</sup> Hierzu muss man nachweisen dass eine deutsche Abstammung besteht, ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum im Aussiedlungsgebiet leisten oder einen Nachweis darüber erbringen, dass man nach dem Recht des Herkunftsstaates der deutschen Staatsbürgerschaft zugerechnet wird und die deutsche Sprache beherrscht (ae cura).

Antagonismus trat die Bundesregierung erstmals zumindest teilweise mit der Änderung des Staatsbürgerrechts entgegen. So war es mit Inkrafttreten der Regelung ab dem 1. Januar 2000 möglich, dass ausländische Kinder bei denen ein Elternteil deutsch ist und seit acht Jahren in der Bundesrepublik leben, zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen und sich mit dem 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen (Vgl. Birsl, 2004, S. 45). Damit entfernte sich die Bundesregierung etwas von der Rigorosität des ethischen Modells und machte Schritte auf eine mehr aktive, einladende Einbürgerungspolitik zu, wie sie auch in den Niederlanden üblich ist (Vgl. Koopmans, 1999, S. 171). Dieses Umdenken in der Einwanderungspolitik drückte sich auch in der Einführung der „Green Card“ aus, mit der gezielt hochqualifizierte Arbeitskräfte nach Deutschland gelockt werden sollten. Auch wenn die Green Card nicht viele dieser Arbeitskräfte nach Deutschland locken konnte<sup>41</sup>, zeigt das Beispiel doch, dass die Bundesregierung Einwanderung wieder zunehmend als Chance denn als Bedrohung begriff und damit „...die Präsenz von Ausländern bzw. ausländischen Arbeitskräften erstmals seit mehreren Jahrzehnten als wichtig und wünschenswert für den deutschen Arbeitsmarkt bzw. die Gesellschaft gesehen wurde“ (Ennigkeit, 2008, S. 96). Auch das Problem, was zuletzt in der Asyldebatte deutlich geworden war, dass es der Bundesregierung an einem einheitlichen Integrationskonzept mangelte, wurde nun in Angriff genommen. So wurde ebenfalls im Jahr 2000 die „Unabhängige Kommission Zuwanderung“<sup>42</sup> ins Leben gerufen die ein einheitliches Einwanderungs- und Integrationskonzept für Deutschland erarbeiten sollte, sowie ein Sachverständigenrat für Integration und Migration im Jahr 2002/2003 errichtet. Hatte die Einwanderungspolitik jahrelang keinen großen Stellenwert gehabt, waren sich nun alle großen Parteien einig, dass die Zuwanderung gebündelt in einem Gesetz geregelt werden muss und eine wichtige Rolle für die Zukunft spielt, nicht zuletzt auch deshalb weil inzwischen so gut wie allen Akteuren klar geworden war, dass man schon allein wegen der demographischen Entwicklung auf Einwanderung angewiesen ist (Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 104,106). Als dann 2001 der Abschlussbericht der Süssmuth-Kommission veröffentlicht wird, liefert dieser eine umfassende Bestandsaufnahme in fast allen Bereichen der Zuwanderung und „...stellt eine solide Entscheidungsgrundlage für die Politik dar, die über den (Wahl-) Tag hinausblickt“ (Meier-Braun, 2002, S. 108)

---

<sup>41</sup> Seit dem Jahre 2000 waren es ungefähr 33.000 ausländische IT-Experten (Mesmer, 2011).

<sup>42</sup> Auch Süssmuth-Kommission genannt da sie unter dem Vorsitz der früheren Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth geleitet wurde.

und wurde sowohl in der Gesellschaft als auch in der Politik größtenteils positiv aufgenommen (vgl. ebd. 109). Dies ist sicher auch deshalb bemerkenswert da die Kommission explicit feststellt: „Die jahrzehntelange vertretene politische und normative Festlegung „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ ist aus heutiger Sicht als Maxime für eine deutsche Zuwanderungs- und Integrationspolitik unhaltbar geworden“ („Kommission Zuwanderung“, 2001, S. 12). Damit wird deutlich dass die jahrelange Verneinung der Realität, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, endgültig der Vergangenheit angehört und dies auch von einer breiten politischen Basis getragen wurde. Die Vorschläge der Kommission weisen dabei durchaus Parallelen zur niederländischen Minderheitenpolitik auf und verweisen sogar explicit auf die Niederlande als Modell und Vorbild (Vgl. Michalowski, 2005). So haben viele Maßnahmen genau wie bei der Minderheitenpolitik die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie die rechtliche Gleichstellung von Einwanderern zum Ziel. Im Gegensatz zur Minderheitenpolitik in den Niederlanden stand das Bewahren der Kultur der Immigranten aber eher im Hintergrund und eine Integration in die deutsche Gesellschaft über die deutsche Sprache und deutsche Werte im Vordergrund. So sollte z.B. kein Mutterspracheunterricht gefördert werden wie das in den Niederlanden der Fall war. Insgesamt erstrecken sich die Vorschläge der Kommission auf vier Bereiche: „den schulischen und vorschulischen Bereich, die berufliche, die gesellschaftlich-kulturelle und die politisch-demokratische Integration“ (Ennigkeit, 2008, S. 97). Konkrete Vorschläge um diese Integration zu erreichen sind zum Beispiel die vermehrte Einrichtung von Ganztagschulen oder speziell auf Migranten zugeschnittene Arbeitsfördermaßnahmen, die Förderung der Einstellung von Migranten im öffentlichen Dienst, eine verstärkte Einbürgerung von Einwanderern sowie die Umsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes. Während in den Niederlanden recht schnell viele Vorschläge des WRR Reports übernommen wurden gestaltete sich in Deutschland die Umsetzung in Form eines Zuwanderungsgesetzes schwieriger. So hatte Bundesinnenminister Schily viele Vorschläge der Süßmuth Kommission in seinem Konzept für ein Zuwanderungsgesetz integriert und erntete auch Lob dafür, doch wurde auf der anderen Seite über viele Detailfragen gestritten wie z.B. über die Einführung eines Punktesystems beim Auswahlverfahren von Zuwanderern, dem Nachzugsalter für Ausländerkinder oder die Duldung von Illegalen (Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 109-120), so dass das Gesetz im März 2002 im Bundesrat scheiterte, obwohl sich im Prinzip alle Parteien einig waren, dass die Bundesrepublik dringend ein einheitliches

Einwanderungsgesetz benötigt. Erneut zeigte sich, dass die Ausländerpolitik wie schon in der Vergangenheit für partei- und machtpolitische Zwecke missbraucht wurde. Erst in einem Vermittlungsverfahren zwischen Bundesrat und Bundestag in dem die Bundesregierung der CDU/CSU sowie der FDP entgegen kam, einigte man sich auf einen Kompromiss, so dass das Zuwanderungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft treten konnte. Wie Ennigkeit aber feststellt: „...sind die politischen Entscheidungsträger den Empfehlungen der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ nur bedingt gefolgt (Ennigkeit , 2008, S. 102). Es wurde z.B. kein Punktesystem und auch keine doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt und insgesamt war das ganze Gesetz weitaus restriktiver verfasst als es die Kommission vorgeschlagen hatte. Der Schwerpunkt lag insbesondere auf der sprachlichen Förderung durch Deutschkurse die für neue Zuwanderer verpflichtend sind(Vgl. Ennigkeit , 2008, S. 100-101).<sup>43</sup> Trotzdem kann man festhalten, dass sich die Bundesrepublik unter der Regierung Schröder zum ersten Mal in ihrer Geschichte klar als Einwanderungsland definierte und eine bundeseinheitliche Integrationspolitik verfolgte, wobei die kulturelle Integration im Gegensatz zur Minderheitenpolitik der Niederlande von Anfang an, einen wichtigen Faktor darstellt.

#### **4.2.4 Der Erfolg des Thilo Sarrazin und die Morde der „Zwickauer Terrorzelle“**

Hatte Fritz Bolkenstein in den Niederlanden durch seine Äußerungen schon früh das Thema Islam und Integration angesprochen (vgl. Kapitel 4.1.1), spielte dieses Thema in der Bundesrepublik lange Zeit keine große Rolle bei der Diskussion um die Zuwanderung. Während in den Niederlanden rechtspopulistische Parteien wie die LPF Pim Fortuyns oder die PVV Geert Wilders den Islam immer wieder für ihre Zwecke instrumentalisierten und einige bedeutende Wahlsiege erringen konnten, hatten solche Parteien bis auf die „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ von Ronald Schill mit ihrem einmaligen Wahlsieg in Hamburg, kaum Erfolg in Deutschland. Daraus zu folgern, dass in der deutschen Bevölkerung tendenziell weniger Skepsis gegenüber dem Islam vorhanden ist, wäre aber sicherlich falsch. Zum einen hatten die ausländerfeindlichen Anschläge der 90er Jahre gezeigt, dass es auch in Deutschland in der Bevölkerung starke rechtsextremistische Bewegungen und Ablehnung gegenüber Türken und den Islam gab. Zum anderen ist die

---

<sup>43</sup> Schon länger in Deutschland lebende Zuwanderer haben keinen Anspruch auf Sprachförderung können aber berücksichtigt werden wenn es genügend freie Plätze in den Sprachkursen gibt.

Parteilandschaft in den Niederlanden mit ihrer Mehrzahl an Parteien vielschichtiger und durch die fehlende 5 Prozent Hürde auch offener, was populistischen Parteien hilft. Wilp weist außerdem darauf hin, dass das deutsche Parteiengesetz, was die interne Organisation der Parteien angeht, weitreichendere Bestimmung als das niederländische Pendant hat, was einen Aufstieg populistischer Parteien erschwert (Vgl. Wilp, 2011, S. 155). Dass populistische Parolen und die Angst vor dem Islam aber auch in Deutschland eine Rolle spielen zeigte sich spätestens mit dem Erfolg von Thilo Sarrazins 2010 erschienenem Buch „Deutschland schafft sich ab“ in dem er unter anderem durch die Zuwanderung aus muslimischen Ländern eine Gefährdung der deutschen Gesellschaft und ihren Werten sieht (Vgl. Sarrazin, 2010). Hatte in den Niederlanden des Essay Paul Scheffers und der Erfolg von Pim Fortuyns Partei eine breite Diskussion über den Islam losgetreten, löste auch der Erfolg von Sarrazins Buch eine Debatte über die Rolle des Islams bei der Integration von Einwanderern in die deutsche Gesellschaft aus. Ähnlich wie Fortuyn bot auch Sarrazin einfache Erklärungen für die komplexen Probleme der Integration an. Bundespräsident Wulf dagegen machte in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, die er zu einem großen Teil dem Thema der Integration widmete, mit seinem vielzitierten Satz: „Der Islam gehört zu Deutschland“ (Focus, 2010) darauf aufmerksam, dass der Islam als ein Teil Deutschlands gesehen werden muss und nicht als ein gefährlicher Fremdkörper. Wie auch in den Niederlanden lassen sich auch in der deutschen Debatte eine „offizielle“ und eine kosmopolitische Position ausmachen. Damit bleibt fest zu halten, dass die Diskussion über die Rolle des Islams in der Integrationspolitik nun auch in Deutschland angekommen war und sie an vielen Stellen der niederländischen Diskussion ähnelte. So wurde die Debatte ähnlich populistisch geführt und genau wie in den Niederlanden wurde die Schuld für eine mangelnde oder zu langsam vorangehende Integration einseitig auf Seiten der muslimischen Einwanderer gesucht. Ähnlich wie Fortuyn und Wilders in den Niederlanden profitierte auch Sarrazin davon dass der Islam, insbesondere seit den Terroranschlägen vom 11. September, von vielen in der Bevölkerung zunehmend als Gefahr und als unvereinbar mit „westlichen Werten“ gesehen wurde. Im Gegensatz zu den Niederlanden manifestierte sich dieses Denken aber nicht in Form von erfolgreichen politischen Parteien. Der Erfolg von Sarrazins Buch zeigt jedoch, dass dieses Denken in der deutschen Gesellschaft genauso vorhanden ist, wie in der niederländischen und auf fruchtbaren Boden stößt. Damit wird auch deutlich, dass viele in Deutschland, genau wie in den Niederlanden, den Erfolg von Integration in

erster Linie an einer kulturellen Integration messen. Dies wird auch an den immer wieder in der deutschen Integrationsdebatte genannten Begriff der „Leitkultur“ deutlich, der eine Anpassung von Einwanderern an die deutsche Kultur und deren Werte fordert (Vgl. Tibi, 1998). Auf der anderen Seite lässt sich aber auch attestieren, dass die deutsche Diskussion um Sarrazins Buch zwar inhaltliche Parallelen zu der Debatte in den Niederlanden aufweist aber insgesamt sachlicher ablief, als das in den Niederlanden nach der Ermordung Pim Fortuyns der Fall war und sie auch nicht mehr so radikal geführt wurde wie noch die Asyldebatte (Vgl. Böcker & Thränhardt, 2003).

Dass aber nicht nur der radikale Islamismus eine potentielle Gefahr für die Bundesrepublik darstellt, wurde dann im November 2011 deutlich, als ans Licht kam, dass die rechtsextremistische Vereinigung „nationalsozialistischer Untergrund“, in den Medien „als Zwickauer Terrorzelle“ benannt, über fast 10 Jahre aus Ausländerhass Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland umgebracht hatte. Insbesondere die Tatsache, dass viele Fehler bei der Ermittlung der Täter gemacht wurden, das Versagen des Verfassungsschutzes und die Verbindung der Täter zur NPD zeigten auf, dass der deutsche Staat wie schon bei den Brandanschlägen von Solingen versagt und die rechtsextremistische Gefahr unterschätzt hatte. Ähnlich wie die Niederlande nach dem Mord an Theo van Gogh, aber auch in Deutschland nach den Brandanschlägen von Solingen, geriet die Bundesrepublik erneut in einen „Schockzustand“ (Weiland, 2011). An der Reaktion der Bundesregierung zeigte sich aber auch exemplarisch, dass sich die Einstellung zum Thema Einwanderung seit Solingen geändert hatte. War Helmut Kohl der Trauerfeier von Solingen noch unverständlicherweise fern geblieben (Vgl. Meier-Braun, 2002, S. 85), hielt Angela Merkel eine Rede auf der Trauerfeier für die Opfer der „Zwickauer Terrorzelle“ und bat die Angehörigen um Verzeihung (Angela Merkel - Neonazi-Morde Gedenkfeier 2012). Wurde in der Vergangenheit nicht selten durch viele Politiker und Medien insbesondere in der Asyldebatte (vgl. Kapitel 4.2.1) ausländerfeindliche Stimmung geschürt, sind sich heute alle großen Parteien über die Wichtigkeit von Einwanderung im Klaren. Es wird deutlich, dass die Einwanderungspolitik im Gegensatz zur Vergangenheit inzwischen einen hohen Stellenwert in der Bundespolitik eingenommen hat. So wurde 2007 im Rahmen des neu geschaffenen „Integrationsgipfels“ ein „nationaler Integrationsplan“ verabschiedet, der allerdings lediglich Absichtserklärungen und keine Verbindlichkeiten enthält (Vgl. Thränhardt, 2009, S. 42). Zugleich zeigt sich daher auch exemplarisch an genau diesem Gipfel,



dass es nach wie vor große Kritiken gibt. Wurde schon in der Vergangenheit die Einwanderungspolitik oft ohne Einbeziehung der Einwanderer selbst gestaltet (Vgl. Kapitel 2.2.2), so setzt sich dieser Kurs auch heute immer noch fort. Thränhardt kritisiert daher den „Integrationsgipfel“ als symbolische Inszenierung, da im Gegensatz zu den Niederlanden<sup>44</sup> viele Migrantenverbände in für sie wichtige Entscheidung wie z.B. die Regelung über den Nachzug von Familienangehörigen aus visapflichtigen Ländern, nicht mit eingebunden werden, weshalb Thränhardt auch folgert: „Insgesamt ist eine erste symbolische Einbeziehung von Migranten in die bundesdeutsche Verbändelandschaft zu konstatieren, materiell blieben die Einflussnahmemöglichkeiten aber gering“ (Thränhardt, 2009, S. 44). Es bleibt festzustellen, dass die bundesdeutsche Einwanderungspolitik heutzutage einen eher assimilierenden und zentralistischen denn einbeziehenden und pluralistischen Charakter hat und die kulturelle gegenüber der institutionellen Integration im Vordergrund steht.

## 5. Fazit

Der komparative Vergleich der beiden Länder aus historischer Perspektive hat vor allem deutlich gemacht, dass es nicht möglich ist, ein einfaches Urteil zu fällen, welche Einwanderungspolitik „besser“ ist oder als Mustergültig betrachtet werden kann. Dies liegt vor allem daran, wie schon in der Einleitung erwähnt, dass Integration als solche schwer zu messen oder zu definieren ist, weil es oft im Auge des Betrachters liegt wie man Integration definiert oder anhand von welchen Punkten man den Erfolg der Integration misst. So wird deutlich, dass insbesondere heutzutage viele Menschen, in beiden Ländern erfolgreiche Integration in erster Linie über eine erfolgreiche kulturelle Integration definieren. So z.B. in Kapitel 4.1.3 wo die Wahrnehmung in der niederländischen Bevölkerung hinsichtlich des Erfolges der Integration eine andere ist, als die der Blok-Kommission oder aber auch in Kapitel 4.2.4 am Erfolg von Thilo Sarrazins Buch in Deutschland.

Der Vergleich der beiden Länder zeigt aber auch, dass die populistische Erklärung, dass Probleme bei der Integration von Einwanderern in erster Linie bei den Einwanderern selbst bzw. deren Religion und Kultur zu suchen seien, zu kurz greift und die Probleme nicht selten hausgemacht sind durch eine fehlgeleitete Einwanderungspolitik. So begingen sowohl die Niederlande als auch Deutschland

---

<sup>44</sup> Auch wenn inzwischen in den Niederlanden keine Pflicht mehr besteht diese Verbände regelmäßig zu kontaktieren. (Michalowski, 2005)

zunächst dieselben Fehler indem sie bestimmte Einwandergruppen wie die Molukken oder Gastarbeiter als temporäre Erscheinung sahen und es wurden im Gegensatz zu anderen Gruppen wie den „Heimkehrern“ in den Niederlanden oder den Ost-West Flüchtlingen und den Spätaussiedlern in Deutschland zunächst keinerlei Integrationsmaßnahmen ergriffen. Im Vergleich zu Deutschland begriff die niederländische Politik dann aber relativ schnell, dass eine Rückkehr dieser Gruppen nicht realitätskonform ist. Die Ausweitung der Integrationspolitik auf fast alle Migrantengruppen in Form der ethnischen Minderheitenpolitik war daher sicherlich ein richtiger und wichtiger Schritt. Insbesondere im Bezug auf die politische und institutionelle Integration von Migranten hatte diese Politik im Vergleich zum deutschen Rotationsmodell Vorbildcharakter, wo viele Einwanderer über Jahrzehnte keinerlei Teilhaberechte an der Politik des Landes hatten und teilweise immer noch haben, indem sie leben und arbeiten. Umso erstaunlicher ist es daher, dass Deutschland trotz einer fehlenden einheitlichen Integrationspolitik insgesamt recht erfolgreich abschneidet (vgl. Kapitel 2.2.2). Dies gilt insbesondere für die sozioökonomische Situation, wo die Niederlande eine weitaus höhere Arbeitslosigkeit unter den „Allochthonen“ zu verzeichnen haben als die Immigranten in Deutschland (Vgl. Michalowski , 2005). Wie Wilp aber feststellt, ist gerade die ökonomische Situation bzw. die Arbeitsmarktintegration ein sehr wichtiger Punkt für eine erfolgreiche Gesamtintegration von Zuwanderern (Vgl. Wilp, 2007, S. 7). Der Vergleich der beiden Länder zeigt daher auf, dass allein politische Teilhaberechte nicht ausreichen um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten und kein Selbstläufer sind. Wie Entzinger darlegt ist die Minderheitenpolitik auch deshalb gescheitert, weil die niederländische Politik verkannte, dass viele der Einwandergruppen nicht einfach in das niederländische System der Versäulung integriert werden konnten, ohne dass gewisse Gemeinsamkeiten wie dieselbe Sprache, dieselben Gesetze, dieselben nationalen Symbole und dieselbe Geschichte existieren (Vgl. Entzinger , 2005, S. 136). Das Beispiel der Niederlande zeigt, dass gewisse Gemeinsamkeiten nötig sind um Immigranten erfolgreich zu integrieren. Darüber hinaus weist der direkte Vergleich mit Deutschland aber auch darauf hin, dass eine Integration auch dann stattfindet, wenn der Staat keine einheitliche Integrationspolitik verfolgt bzw. diese dem privaten Sektor überlässt. Sicherlich bestanden auch in Deutschland zunächst wenige Gemeinsamkeiten zwischen Immigranten und der einheimischen Bevölkerung. Allerdings wurden Einwanderer hier auch ohne eine staatliche Integrationspolitik vor allem im wirtschaftlichen

Sektor durch die Betriebsräte, die Gewerkschaften sowie das duale Ausbildungssystem integriert und damit stärker in der deutschen Gesellschaft verankert als das in den Niederlanden der Fall war. (Vgl. Böcker & Thränhardt, 2003, S. 4). Daher wurde nicht zuletzt über diesen Sektor gewährleistet, dass Immigranten mit der deutschen Sprache und Kultur konfrontiert wurden und einen regelmäßigen Kontakt zur einheimischen Bevölkerung aufbauten, was insbesondere auf lange Sicht, zu einer leichten Anpassung führte und damit auch einen höheren Grad an Gemeinsamkeit zwischen Eingewanderten und der Bevölkerung gewährleistete, als dies innerhalb der Versäulung des niederländischen Systems der Fall war. Brubaker nennt diesen sozialen Prozess „Intransitive assimilation“ (Brubaker, 2001). Auch Ennigkeit stellt fest: „Assimilation ist zu einem gewissen Grad oftmals Voraussetzung für eine gelungene Integration in eine Gesellschaft“ (Ennigkeit, 2008, S. 121). Die Niederlande verkannten diese Tatsache lange Zeit und versuchten erst in den 90er Jahren in eine mehr sozioökonomisch orientierte Politik überzugehen die diesen Ansatz verfolgte (vgl. Kapitel 4.1.2). Leider wurde dieser sicherlich richtige Ansatz durch den Erfolg des Rechtspopulismus wieder aufgegeben und die Schuld für eine misslungene Integration einseitig auf Seiten der Einwanderer und insbesondere des Islams gesehen. Statt einen intransitiven Ansatz der Assimilation zu verfolgen ging die Politik mehr und mehr zu einer transitiven Assimilation über, die eine Anpassung erzwingen soll. Eine erzwungene Integration in dieser Form kann aber sogar kontraproduktiv wirken. So schreibt Entzinger: „Forcing „them“ to become like „us“ in the old fashioned assimilative way is not only counterproductive, but it may also provoke a re-ethnicisation, as can be observed in the Netherlands today“ (Entzinger, 2005, S. 144).

Auf der anderen Seite lässt sich aber aus der Tatsache, dass Deutschland bei der sozioökonomischen Integration von Einwanderern besser abschneidet als die Niederlande, nicht ableiten, dass das deutsche Modell als Mustergültig gesehen werden kann. So ist die Arbeitslosenquote unter Einwanderern in Deutschland zwar niedriger als in den Niederlanden aber immer noch weitaus höher als in der gesamten Bevölkerung. Viele diese Arbeitsplätze sind zudem im Niedriglohnssektor und im produzierenden Gewerbe angesiedelt so dass Einwanderer überdurchschnittlich stark von Wirtschaftseinbrüchen betroffen sind, weshalb Böcker und Thränhardt auch feststellen:

„In dem Maße, in dem diese Institutionen gefährdet sind, ist auch der sozioökonomische Integrationsweg gefährdet“ (Böcker & Thränhardt, 2003, S. 4).

Man kann aber sicherlich festhalten, dass die deutsche Nichtpolitik unbewusst durch die starke Inklusion von Zuwanderern im wirtschaftlichen Sektor eine Assimilation im gewissen Masse begünstigt hat, während diese in den Niederlanden durch die Exklusion von Einwanderern innerhalb der niederländischen Versäulung eher behindert wurde. Nur aufgrund der starken wirtschaftlichen Inklusion von Einwanderern in Deutschland zu schlussfolgern, dass die deutsche Einwanderungspolitik nach 1945 eher einen assimilierenden Charakter hat, ist aber sicherlich falsch. Dies hat insbesondere der erste Teil der Arbeit in der Zeit bis 1989 gezeigt, wo deutlich wurde, dass beide Länder auf ihre Weise eher einen differentialistischen denn assimilatorischen Ansatz verfolgen. Auf der anderen Seite wurde in diesem Teil aber auch ein bedeutender Unterschied deutlich, nämlich dass in den Niederlanden im Gegensatz zu Deutschland einem großen Teil der Einwanderer weitgehende Bürgerrechte gewährt wurden, während diese in Deutschland lange Zeit, nicht zuletzt auch aufgrund des ethischen Modells der Staatsangehörigkeit verwehrt blieben. Der hohe Grad an Einbürgerungen in den Niederlanden trägt aber dazu bei, dass Einwanderer an „...politischen Auseinandersetzungen gleichberechtigt teilnehmen“ (Böcker & Thränhardt , 2003, S. 4), was sicherlich ein wünschenswerter Aspekt ist, allein schon aus ethischer Perspektive, aber auch um eine erfolgreiche Gesamtintegration zu gewährleisten. Auch Deutschland hat dies inzwischen erkannt und erste Schritte in diese Richtung unternommen,<sup>45</sup> wenngleich diese sicherlich noch nicht ausreichen um von einer erfolgreichen politischen Integration zu sprechen.

Der zweite Teil der Arbeit hat aufgezeigt, dass sich dann beide Länder zunehmend von dem differentialistischen Kurs der Einwanderungspolitik entfernten und assimilatorische Einflüsse an Stärke gewannen. Brubaker spricht in diesem Zusammenhang vom „Return of Assimilation“ (Brubaker , 2001). Dies gilt insbesondere für die Niederlande die komplett mit dem einstmals als so erfolgreich angesehen multikulturalistischen Ansatz der Vergangenheit brechen und stattdessen zu einer stark fordernden Politik der Anpassung übergehen. Während in Deutschland von Anfang an die Ausländerpolitik nicht selten für Partei und machtpolitische Spielchen missbraucht wurde und die Einwanderungspolitik bzw. Nichtpolitik immer wieder Mittelpunkt von Diskussionen und Kritik war, sah man in den Niederlanden mit Stolz auf die Offenheit und Liberalität der Minderheitenpolitik und Kritiken wurden kaum geäußert. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, warum dann, als das

---

<sup>45</sup> z.B. mit dem Einbürgerungsgesetz aus dem Jahre 2000

Versagen der Minderheitenpolitik offensichtlich wurde, die Reaktionen umso heftiger ausfielen. Der Elitekonsens über die Minderheitenpolitik hatte lange Jahre verdeckt, dass es innerhalb der niederländischen Gesellschaft starke Vorurteile und Ablehnung gegenüber Ausländern und dem Islam gab. Zwar werden auch in Deutschland im Vergleich zur früheren Politik zunehmend mehr assimilatorische Elemente in die Einwanderungspolitik implementiert (Vgl. Brubaker , 2001, S. 537-538), aber fallen diese nicht so radikal aus wie in den Niederlanden, weshalb Entzinger sogar feststellt: „...the accent on commonalities has become so strong in the current Dutch political and social discourse that it can almost be qualified as what Brubaker call:“a return to the bad old days of arrogant assimilationism““(Entzinger , 2005, S. 139). So sieht die niederländische Politik, insbesondere in den letzten Jahren den Handlungsbedarf für eine gelungene Integration einseitig auf Seiten der Zuwanderer und vergisst zunehmend, dass Integration eine langer Prozess ist, der sowohl Anstrengungen seitens der Zuwanderer, als auch der Aufnahmegesellschaft bedarf. Insbesondere letzteres wird aber auch in Deutschland nicht ausreichend anerkannt wenn Immigrantenverbände in sie betreffende Fragen nicht mit einbezogen werden und die politische Integration erschwert wird.

Insgesamt macht der Vergleich der beiden Länder deutlich, dass die sozioökonomische Integration einen entscheiden Faktor für eine gelungene Gesamtintegration darstellt. Eine erfolgreiche Integrationspolitik kann dies fördern aber auch hinderlich wirken wenn sie falsch gestaltet wird. Oberste Priorität muss eine Inklusion statt Exklusion von Einwanderern in die Gesellschaft sein. Der Staat muss dabei nicht unbedingt eine aktive Rolle spielen sondern sollte vor allem optimale Rahmenbedingungen schaffen, z.B. in Form politischer Teilhaberechte für Immigranten, kostenlosen Sprachkursen und einem guten Bildungssystem, das individuell fördert. Ein gewisses Maß an Assimilation und Gemeinsamkeiten ist nötig um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, dazu zählt insbesondere eine gemeinsame Sprache. Der Prozess der Integration ist dabei ein langwieriger Prozess, der über Generationen geht und nicht in Form einer transitiven Assimilation erzwungen werden sollte. Des Weiteren hat der Vergleich deutlich gemacht, dass die Niederlande im Vergleich zu Deutschland auf dem Feld der Integrationspolitik fast immer die Vorreiterrolle innehatten. So war es die niederländische Politik, die frühzeitig eine einheitliche Integrationspolitik in Form der Minderheitenpolitik auf den Weg brachte. Während in Deutschland lange Zeit nur darüber gestritten wurde ob man überhaupt ein Einwanderungsland sei und lange brauchte um die

Notwendigkeit eine einheitlichen Integrationspolitik zu erkennen, wurde in den Niederlanden schon darüber diskutiert wie eine einheitliche Integrationspolitik nach dem sozioökonomischen Versagen der Minderheitenpolitik aus zu sehen hatte. Die deutsche Politik als Nachzügler beim Gestalten einer Integrationspolitik hatte insofern immer den Luxus auf die Erfahrungen des Nachbarn blicken zu können und dadurch bereits begangene Fehler zu vermeiden. Insgesamt lässt sich daher auch feststellen, dass nach 1945 die Einwanderungspolitiken der beiden Länder eher divergent denn äquivalent waren, sich dann aber über die Zeit annäherten und sich heutzutage sicherlich eine höhere Homogenität feststellen lässt als das in der Vergangenheit der Fall war. Trotzdem zeigt sich aber auch, dass beide Länder auch heute noch voneinander lernen können, da sie unterschiedliche Stärken und Schwächen haben. Während in Deutschland die wirtschaftliche Integration von Einwanderern besser abschneidet, weisen die Niederlande eine bessere politische Integration auf.

## Literaturverzeichnis

"Kommission Zuwanderung". (4. 07 2001). *Zuwanderung gestalten Integration fördern*. Abgerufen am 06. 06 2012 von [http://www.bmi.bund.de:8080/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/MigrationIntegration/AsylZuwanderung/Zuwanderungsbericht\\_pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de:8080/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/MigrationIntegration/AsylZuwanderung/Zuwanderungsbericht_pdf.pdf?__blob=publicationFile)

aecura. (kein Datum). *www.aecura.de*. Abgerufen am 16. Mai 2012 von <http://www.aecura.de/russische-spaetaussiedler.html>

Angela Merkel - Neonazi-Morde Gedenkfeier 2012. (kein Datum). Von <http://www.youtube.com/watch?v=2PdvNWarjNQ&feature=related> abgerufen

Bade, K., & Otmar, J. (2004). *Normalfall Migration* (Bd. Bundeszentrale für politische Bildung). Bonn.

Bertelsmann-Stiftung. (kein Datum). *Bertelsmann-Stiftung.de*. Abgerufen am 13. 02 2012 von [http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_21610\\_21611\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_21610_21611_2.pdf)

Birsl, U. (2004). Deutschland. In W. Gieler, & D. Fricke, *Handbuch europäischer Migrationspolitiken. Die EU-Länder und die Beitrittskandidaten*. Münster.

Böcker, A., & Groenendijk, K. (2004). Einwanderungs- und Integrationsland Niederlande. Tolerant, liberal und offen? In F. Wielenga, & I. Taute, *Länderbericht Niederlande*. Bonn.

Böcker, A., & Thränhardt, D. (17. 06 2003). *Erfolge und Misserfolge der Integration -Deutschland und die Niederlande im Vergleich*. Abgerufen am 20. 03 2012 von Bundeszentrale für politische Bildung: [http://www.bpb.de/publikationen/SZZTHT,0,Erfolge\\_und\\_Misserfolge\\_der\\_Integration\\_Deutschland\\_und\\_die\\_Niederlande\\_im\\_Vergleich.html](http://www.bpb.de/publikationen/SZZTHT,0,Erfolge_und_Misserfolge_der_Integration_Deutschland_und_die_Niederlande_im_Vergleich.html)

Brubaker, R. (2001). *The return of assimilation? Changing perspectives on immigration and its sequels in France, Germany and the United States*. Abgerufen am 15. 06 2012 von [http://www.sscnet.ucla.edu/soc/faculty/brubaker/Publications/21\\_Return\\_of\\_Assimilation.pdf](http://www.sscnet.ucla.edu/soc/faculty/brubaker/Publications/21_Return_of_Assimilation.pdf)

Bundeszentrale für politische Bildung. (kein Datum). <http://www.bpb.de>. Abgerufen am 17. 02 2012 von <http://www.bpb.de/system/files/pdf/RHU8JS.pdf>

Bundeszentrale für politische Bildung. (kein Datum). <http://www.bpb.de>. Abgerufen am 17. 02 2012 von <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57765/flucht-und-asyl>

Department for Work and Pensions. (09 2007). *The Economic and Fiscal Impact of Immigration*. Von [official-documents.gov.uk](http://www.official-documents.gov.uk): <http://www.official-documents.gov.uk/document/cm72/7237/7237.pdf> abgerufen

*Der Spiegel*. (16. 10 2010). Abgerufen am 03 2012 von <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,723532,00.html>

Die Zeit. (30. 10 2011). [www.zeit.de](http://www.zeit.de). Abgerufen am 07. 06 2012 von <http://www.zeit.de/2011/43/50-Jahre-Migration-Genc>

e.V., D. B. (1996-2005). <http://www.migration-online.de>. Abgerufen am 06. 12 2011 von Migration online: [http://www.migration-online.de/data/publikationen\\_datei\\_1139402544.pdf](http://www.migration-online.de/data/publikationen_datei_1139402544.pdf)

Ennigkeit, S. (2008). *Gelungene Integration? Zuwanderung und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden*. Freiburg.

Entzinger , H. (2005). Changing the rules while the game is on; From multiculturalism to assimilation in the Netherlands. In Y. Bodemann, & G. Yurdakul, *Migration Citizenship, Ethnos: Incorporation Regimes in Germany, Western Europe and North America*. New York.

Entzinger, H. (1992). Einwanderung in den Niederlanden: Vom Multikulturalismus zur Intergration. *Einwanderungsland Deutschland: bisherige Ausländer-Und Asylpolitik; Vergleich mit anderen europäischen Ländern* (S. 158). Potsdam: Frichrich-Ebert-Stiftung.

Entzinger, H. (1997). Multikkulturalismus im Wohlfahrtsstaat: Zuwanderungs- und Integrationspolitik in den Niederlanden. In A. Weber, *Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union* (Bd. Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien/IMIS Nr.4). Osnabrück.

Entzinger, H. (1996). Veränderte Grundlagen: Die niederländische Sicht der Einwanderung. In H. Fassman, & R. Münz, *Migration In Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt/Main.

Ersanili , E. (2007). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am 4. 3 2012 von <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57768/aktuelle-entwicklung>

Fabich, B., & Vogel, D. (2005). <http://www.hwwi.org>. Abgerufen am 20. 04 2012 von [http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Externe\\_PDFs/2005FabichVogel2005Bruecken\\_bauen\\_endLZZ.pdf](http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Externe_PDFs/2005FabichVogel2005Bruecken_bauen_endLZZ.pdf)

Fijalkowski, J. (1997). Integrationspolitik im europäischen Vergleich. In S. Angenendt , *Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft*. (S. 154-170). Bonn.

Focus . (03. 10 2010). *Online Focus*. Abgerufen am 30. 05 2012 von [http://www.focus.de/politik/deutschland/20-jahre-wende/christian-wulff-der-islam-gehört-zu-deutschland\\_aid\\_558481.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/20-jahre-wende/christian-wulff-der-islam-gehört-zu-deutschland_aid_558481.html)

Fortuyn, P. (1997). *Tegen de islamisering van onze cultuur: Nederlandse identiteit als fundament* .



- Frisch, M. (1967). *Öffentlichkeit als Partner*. Frankfurt.
- Groenendijk, K. (1990). Verboden voor Tukkers. Reacties op rellen tussen Italianen, Spannjaarden en Twentenaren in 1961. In F. Bovenkerk , F. Buijs, & H. Tromp, *Wetenschap en Partijdigheid*. Assen.
- Hahn, P. (2010). *Soziologie der Migration*. Stuttgart.
- Heer, J.-C. (2004). <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>. Abgerufen am 17. 04 2012 von <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/pdf/files/imis24.pdf>
- Herbert, U. (2003). *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Bonn.
- Huntington, S. (2002). *The Clash of Civilisations and the Remaking of World Order*. London .
- International Organization for Migration. (1997). Abgerufen am 22. 12 2011 von <http://www.iom.int/jahia/Jahia/about-migration/developing-migration-policy/identify-intl-migrants>
- Koopmans, R. (1999). Deutschland und seine Einwanderer: ein gespaltenes Verhältnis. In M. Kaase, & G. Schmid , *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik* . Berlin.
- Leiprecht, R., & Lutz , H. (1996). The Dutch Way: Mythos und Realität der interkulturellen Pädagogik in den Niederlanden. In G. Auernheimer, & P. Gsetzner, *Jahrbuch für Pädagogik*. Frankfurt/M.- New York.
- Lijphart , A. (1968). *The politics of accommodation: pluralism and democracy in the Netherlands*. London.
- Lucassen, J., & Penninx , R. (1994). *Nieuwkomers, nakomeligen, Nederlanders: Immigranten in Nederland*. Amsterdam.
- Lucassen, J., & Penninx, R. (1997). Newcomers. Immigrants and their Descendants in the Netherlands 1550-1995. Amsterdam/Gouda.
- Lüttinger, P. (1986). *Der Mythos der schnellen Integration*. Abgerufen am Dezember 2011 von Zeitschrift für Soziologie: <http://zfs-online.org/index.php/zfs/article/viewFile/2573/2110>

Lutz , H. (2003). Intergration und Integrationspolitik in den Niederlanden. In K. Meendermann, *Migration und politische Bildung - Integration durch Information*. Münster.

Lutz, H. (2003). Integration und Integrationspolitik in den Niederlanden. In K. Meendermann, *Migration und politische Bildung. Integration durch Information*. Münster.

Mak, G. (2005). *Der Mord an Theo van Gogh: Geschichte einer moralischen Panik*. Frankfurt am Main.

Meier-Braun, K.-h. (2002). *Deutschland, Einwanderungsland*. Frankfurt am Main.

Mesmer, A. (19. 02 2011). *Computerwoche.de*. Abgerufen am 20. 05 2012 von <http://www.computerwoche.de/karriere/karriere-gehalt/2364428/index5.html>

Michalowski , I. (04. 01 2005). *Das Ende des niederländischen Integrationsmodells?* Abgerufen am 11. 06 2012 von Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57473/gescheitert>

Michalowski , I. (2005). *Eine neue Sicht auf den deutschen Nachbarn*. Abgerufen am 15. 06 2012 von <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57475/eine-neue-sicht>

Michalowski , I. (11 2005). <http://www.bamf.de>. Von [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/michalowski-expertise.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/michalowski-expertise.pdf?__blob=publicationFile) abgerufen

Michalowski, I. (01. 04 2005). *Was ist das "niederländische Modell"? Hintergründe, Entstehung, Merkmale*. Abgerufen am 06. 11 2012 von Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57470/hintergruende>

Miles, R., & Cleary , P. (1996). Britain: Post-Colonial Migration in Context. In D. Thränhardt, *Europe A new Immigration Continent*. Münster.

Münz , R. (2009). [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org). Von Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: [http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/handbuch\\_texte/pdf\\_Muenz\\_Internationale\\_Migration\\_09.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Muenz_Internationale_Migration_09.pdf) abgerufen

Musch , E. (2011). *Integration durch Konsultation? Konsensbildung in der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden*. Münster.

P.Tudyka, K. (2004). Niederlande. In W. Gieler, & D. Fricke, *Handbuch europäischer Migrationspolitiken*. Münster.

Penninx, R. (1994). Die niederländische Gesellschaft und ihre Einwanderer. Einwanderungs und Minderheitenpolitik, öffentlicher Diskurs und Multikulturelles in den Niederlanden. In J. Mechthild, & S. Baringhorst, *Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Intergration*. . Baden-Baden.

Rath, J. (1997). <http://www.janrath.com/>. Abgerufen am 17. 04 2012 von [http://www.janrath.com/wp-content/uploads/@Rath\\_Streng\\_Gesicht\\_Frau\\_Antje\\_1997.pdf](http://www.janrath.com/wp-content/uploads/@Rath_Streng_Gesicht_Frau_Antje_1997.pdf)

Rath, J. (1991). *Minorisering de sociale constructie van "ethnische minderheden"*. Amsterdam.

Sarrazin , T. (2010). *Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzten*. . München.

Scheffer , P. (29. 03 2000). *retro.nrc.n*. Abgerufen am 20. 04 2012 von <http://retro.nrc.nl/W2/Lab/Multicultureel/scheffer.html>

Schnabel , P. (17. 02 2000). <http://www.volkskrant.nl>. Abgerufen am 04. 20 2012 von <http://www.volkskrant.nl/vk/nl/2664/Nieuws/archief/article/detail/561959/2000/02/17/De-multiculturele-samenleving-is-eeen-illusie.dhtml>

Scholten, P. (2007). *Constructing Immigrant Policies. Research-Policy Relations and Immigrant Integration in the Netherlands (1970-2004)*. Abgerufen am November 2011 von [http://doc.utwente.nl/58234/1/thesis\\_Scholten.pdf](http://doc.utwente.nl/58234/1/thesis_Scholten.pdf)

Schönwälder, Karen. (2003). Zukunftsblindheit oder Steuerungsversagen? Zur Ausländerpolitik der Bundesregierungen der 1960er und frühen 1970er Jahre. In J. Oltmar, *Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. . Göttingen.

Snel, E., & Scholten, P. (2005). Integratie: van gastarbeiders tot het multiculturele drama. In A. Maarten, & T. Willem , *Moderniteit en overheidsbeleid. hardnekkige beleidsproblemen en hun oorzaken*. Bussum.

Spiegel, D. (17. 9 1984). Harte Politik. *Der Spiegel* .

*Statistisches Bundesamt*. (kein Datum). Abgerufen am 20. 3 2012 von [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200107004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200107004.pdf?__blob=publicationFile)

The Migration Observatory. (29. 03 2012). Abgerufen am 22. 12 2011 von <http://migrationobservatory.ox.ac.uk/briefings/who-counts-migrant-definitions-and-their-consequences>

Thränhardt , D. (1993). *Migration in Deutschland und Europa*. Münster.

Thränhardt , D. (2009). Migrations- und Integrationspolitik. In T. Sternberg, & F. Meier-Hamidi, *Einwanderungsland Deutschland*. Münster.

Thränhardt, D. (2009). Migrations- und Integrationspolitik. Vom Korporatismus zur inzenierten Verstaatlichung. In B. Rehder, T. von Winter, & U. Willems, *Interessenvermittlung in Politikfeldern, Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung*. Wiesbaden.

Tibi, B. (1998). *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*. . München.

Van Amersfoort, H. (1982). *Immigration and the Formation of Minority Groups. The Dutch Experience 1945-1975*. Cambridge.

van Amersfoort, H., & van Niekerk, M. (2003). Einwanderung als koloniales Erbe: Akzeptanz, Nichtakzeptanz und Integration in den Niederlanden. In D. Thränhardt, & U. Hunger , *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*. Wiesbaden.

Vogel, D. (2003). Illegaler Aufenthalt. Konzepte, Forschungszugänge, Realitäten, Optionen. In D. Thränhardt, & U. Hunger, *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*. Wiesbaden.

Weiland, S. (13. 11 2011). *Der Spiegel*. Abgerufen am 07. 06 2012 von <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zwickauer-zelle-republik-im-schockzustand-a-797509.html>

Wielenga , F. (2008). *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert.* . Münster.

Wielenga , F. (2007). Grundzüge niederländischer Politik im 20. Jahrhundert. In F. Wielenga , & M. Wilp , *Nachbar Niederlande. Eine landeskundliche Einführung.* Münster.

Wielenga, F., & Hartleb , F. (2011). *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich.* Münster.

Wilp, M. (2007). *Die Arbeitsmarkt-intergration von Zuwanderern in Deutschland und den Niederlanden.* Münster: Waxman Verlag GmbH.

Wilp, M. (2011). Die Krise der christ-und sozialdemokratischen Parteien. In F. Wielengak, & F. Hartleb, *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich.* . Münster.

### **Erklärung an Eides-Statt**

Hiermit versichere ich, Julian Adolph, den folgenden Text zum Thema " Die Einwanderungspolitik in Deutschland und den Niederlanden" selbstständig verfasst zu haben.

Die Regeln guten wissenschaftlichen Arbeitens sind mir bekannt.

Jeglicher fremde Text wurde von mir als solcher gekennzeichnet (Zitate) und durch entsprechende Quellenangaben belegt.

Münster, 03.06.2012,